1 H 3752 CX

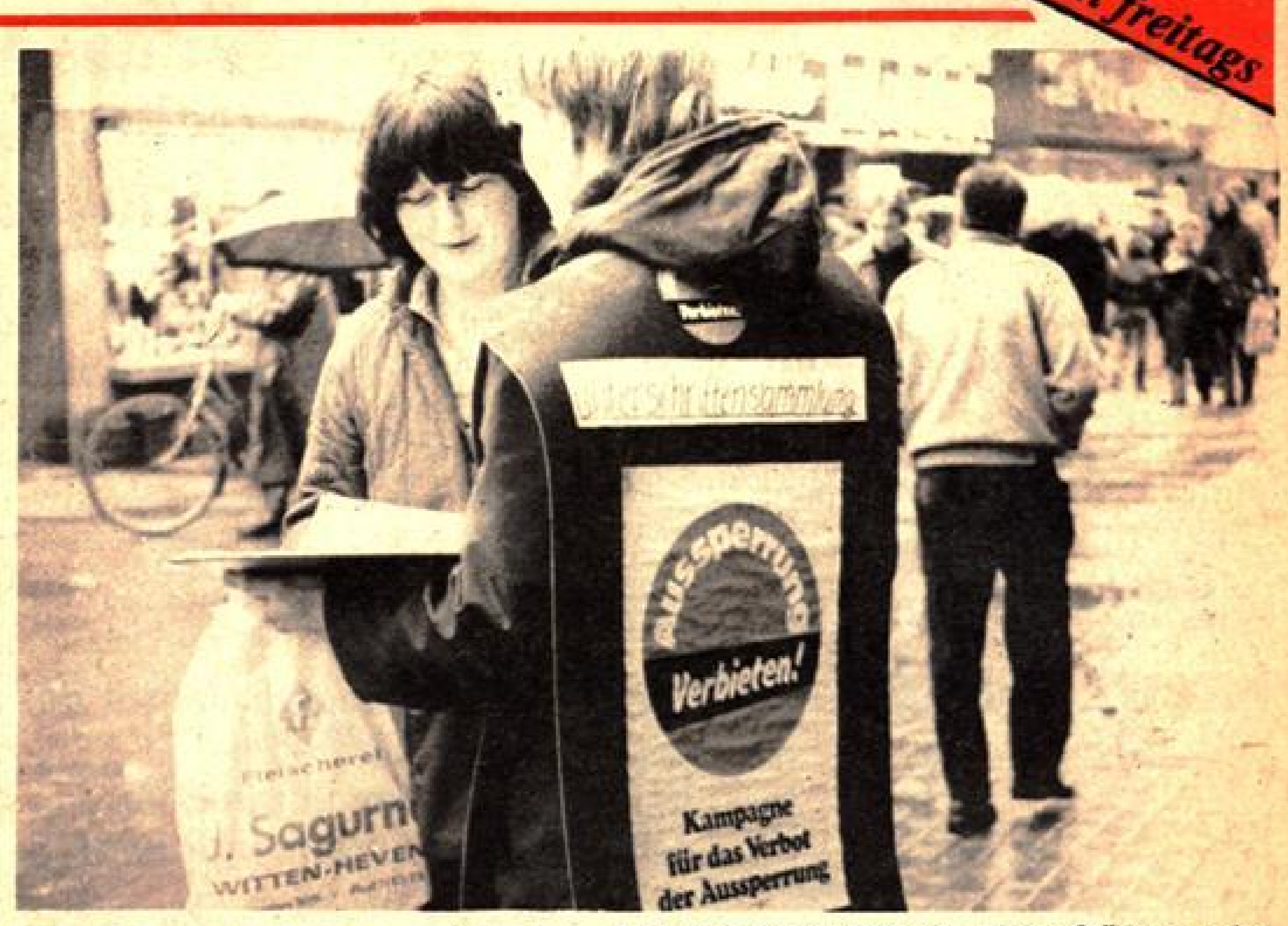
Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 49 vom 7. Dezember 1979 13. Jahrgang 1 DM



Aussperrung verbieten! In den Einkaufszentren vieler Städte wurden am letzten Samstag trotz strömenden Regens Unterschriften für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung gesammelt. Die *Kampagne für das Verbot der Aussperrung* hatte diesen Tag — es war der 1. Dezember — zum Aktionstag für das gesetzliche Verbot der Aussperrung erklärt. Der Anlaß: Genau ein Jahr vorher, am 1. Dezember 1978, hatten die Stahlbarone Zehntausende von Stahlarbeitern an der Ruhr ausgesperrt, die im Kampf für die 35-Stunden-Woche standen. Unser Foto wurde in der Bochumer Innenstadt aufgenommen.

Kölner Lischka-Prozeß

CSU-Bürgermeister als SS-Mörder enttarnt

„Mit der Reitpeitsche terrorisierte er die Kinder"

„Ich habe ihn oft gesehen, wie er ohne Mitleid für die Kinder schreiend durchs Lager lief. Mit Reithose, Reitpeitsche terrorisierte er Kinder und uns." Das erklärte vergangene Woche im Kölner Lischka-Prozeß die heute 75jährige Französin Marie Husson.

Der Mann, den sie so beschrieb, saß wenige Schritte von ihr entfernt auf der Anklagebank — Ernst Heinrichsohn, CSU-Bürgermeister im fränkischen Bürgstadt. Damals im Lager bekleidete er die Funktion eines SS-Unterscharführers. Gemeinsam mit den SS-Offizieren Kurt Lischka und Herbert Hagen, die jetzt mit ihm vor Gericht stehen, war er verantwortlich für die Deportation von über 56000 französischen Juden in die Vernichtungslager Osteuropas.

Die Szene, die Frau Husson vor dem Kölner Gericht beschrieb, hat sich im KZ Drancy in der Nähe von Paris abgespielt. Und die Inassen dieses Lagers waren — Kinder. Dreitausend zwei- bis zwölfjährige Kinder aus jüdischen Familien, zum Abtransport, zur Vernichtung bestimmt. Odette Daltoff-Batick, eine andere Zeugin, sagte jetzt vor Gericht: „Tausende kamen in den Transporten an, ohne ihre Eltern, in erschreckendem Zustand. Sie waren in Schwärme von Insekten gehüllt. Um den Hals trugen sie Schnüre mit Holz- oder Pappstücken, auf denen ihr Name stand. Sie hatten keine Koffer, nur kleine Bündel bei sich, waren krank und vernachlässigt. Viele von ihnen hatten eine Art Krätze, waren ausgehungert."

Und über Heinrichsohn sagte die gleiche Zeugin: „Er kam oft so um fünf Uhr morgens. Schön und elegant stand er im Elend der Kinder, lachte uns Helferinnen aus. Er wurde ungehalten, wenn es nicht schnell genug ging. Ohne Rührung sah er zu." Beide Zeuginnen, die selbst monatelang in Drancy eingekerkert waren, haben Heinrichsohn wiedererkannt. Das ist ein erneuter Beweis für seine Mittäterschaft bei der Ermordung der französischen Juden.

Dennoch ist dieser Mann nach wie vor Bürgermeister. Er selbst denkt nicht im Traum daran, sein Amt aufzugeben; er hat sogar die Frechheit besessen, der SPD, die seinen Rücktritt gefordert hat, mit gerichtlichen Schritten zu drohen. Eine solche dreiste Provokation glaubt sich der ehemalige SS-Offizier leisten zu können — denn seine Partei steht fest hinter ihm. In einer Erklärung der CSU heißt es: „Eine Partei ist auch eine Solidargemeinschaft. Sie muß auch in kritischen Situationen solidarisch handeln." Solidarität also mit dem Organisator der Todestransporte von jüdischen Kindern! Und der Vorsitzende dieser Partei schickt sich an, die Macht in Bonn zu übernehmen!

Sofortige Amtsenthebung von Ernst Heinrichsohn! Unnachgiebige Bestrafung aller Angeklagten im Lischka-Prozeß!

Opel-Vertrauensleute: 250 Mark für alle!

RÜSSELSHEIM. — Die rund tausend Vertrauensleute des größten hessischen Metallbetriebes, der Opelwerke in Rüsselsheim, haben auf ihrer Vollversammlung über die Lohnforderung für die Tarifrunde 1980 beraten. Die Kollegen einigten sich auf 250 Mark für alle.

Noch nie haben in so vielen Betrieben die Vertrauensleute Beschlüsse über die Lohnforderung gefaßt, wie in der inzwischen angelaufenen Tarifbewegung. Folgende Lohn-Beschlüsse von Vertrauensleutekörpern (VK) und anderen gewerkschaftlichen Gremien wurden allein in der letzten Woche bekannt:

IG Metall: VK Opel Rüsselsheim 250,- DM Festgeld; VK **MAN** Augsburg 12 Prozent; VK **Siemens** Augsburg 120,- DM Festgeld plus 10 Prozent; VK-Leitung **Klöckner-Hütte** Bremen 15 bis 17 Prozent; VK **Hartmann & Braun** Frankfurt 14 Prozent; Funktionärsversammlung der **IGM Lübeck** 14 Prozent; VK **Winter & Sohn** Norderstedt 350,- DM Festgeld; VK **AEG-Telefunken** Winnenden bei Stuttgart 13 Prozent, mindestens 180,- DM; VK **Keller & Knappich** Augsburg 12 Prozent; VK-Leitungen der **Hoesch-Hüttenwerke** Dortmund 12 Prozent; VK **Stahlwerke Südwestfalen** Geisweid (Siegen) 250,- DM Festgeld; VK **Siemens** Hamburg 13 Prozent, mindestens 200,- DM; VK **Siemens** Erlangen 15 Prozent.

Andere Gewerkschaften: **ÖTV**-Mitgliederversammlung Stadt **Elmshorn** 250,- DM Festgeld; Mitgliederversammlung **IG Druck und Papier** Ortsverein **Stuttgart** 12 Prozent, Mindestanhebung jedoch 250,- DM; Forderungsempfehlung Bezirksvorstand **Hessen** der **Deutschen Postgewerkschaft**: „deutlich über 10 Prozent".

Am 17. und 18. Dezember wird die Große Tarifkommission der IG Metall über die Lohnforderung für den Stahlbereich und die metallverarbeitende Industrie beraten.

Aufruf zur Demonstration gegen NPD-Parteitag

Am Wochenende will die NPD in Ketsch bei Mannheim ihren „Bundesparteitag" abhalten. Trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung haben Behörden und Verwaltungsgerichte dafür gesorgt, daß den Faschisten für ihr Treffen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Antifaschisten im Rhein-Neckar-Raum werden die Provokation der neuen Nazis jedoch nicht hinnehmen. In einem gemeinsamen Aufruf haben sich zahlreiche antifaschistische und demokratische Initiativen und Organisationen, Gewerkschaftsgruppen, Jugendzentren, die VVN und die VOLKSFRONT an die Bevölkerung gewandt. Darin heißt es: „Beantworten wir gemeinsam die faschistische Provokation mit einer gewaltigen demokratischen Manifestation. Beteiligt euch an der Kundgebung und Demonstration am **Samstag, den 8. Dezember, um 10 Uhr, auf dem Festplatz in Ketsch.**

Gemeinsam gegen Rechtskurs, Faschismus und Kriegshetze — gemeinsam für Freiheit und Frieden."

35. Jahrestag der SVR Albanien

Große Parade in Tirana



Aus Anlaß des 35. Jahrestages der Sozialistischen Volksrepublik Albanien fand in der Hauptstadt Tirana eine große Parade statt. Unser Bild zeigt den Block der Veteranen des Befreiungskrieges. (Mehr über die Feiern zum 35. Jahrestag im nächsten RM).

Volksempörung im Nahen Osten

„Nieder mit dem US-Imperialismus!"

Die gewaltigen Massendemonstrationen im Iran, bei denen oft allein in der Hauptstadt Teheran mehr als eine Million Menschen auf die Straße gehen, halten weiter an.

Die Massen verurteilen die amerikanischen Imperialisten, die Hintermänner des gestürzten Schah-Regimes, und fordern die Auslieferung des Massenmörders Reza Pahlewi an den Iran. Auch in der libyschen Hauptstadt Tripolis formierte sich am Sonntag eine antiimperialistische Demonstration, in deren Verlauf die amerikanische Botschaft niedergebrannt wurde. Ähnliche Aktionen hatte es in den letzten Wochen auch in der Türkei, in Pakistan und Indien gegeben.

Sie sind ein Ausdruck des tiefen Hasses der Völker des Nahen und Mittleren Ostens gegen die amerikanische Supermacht, die in diesem Raum eine beherrschende Stellung einnimmt. Zugleich sind diese Aktionen auch eine Kampfansage an die immer offeneren Kriegsvorbereitungen Washingtons gegen den Iran.

Die amerikanischen Monopole und ihre Regierung haben in der letzten Woche ihren aggressiven Kurs noch weiter verschärft. Nachdem sie schon in den USA selbst alles iranische Eigentum beschlagnahmt haben, ließen sie jetzt mit Hilfe eines Essener Gerichts die iranischen Anteile am Krupp-Konzern pfänden. Unterdessen setzen sie auch ihren militärischen Aufmarsch im Nahen Osten fort. (Kommentar zum Iran auf Seite 2).



Demonstranten in Teheran

Kommentar

Kreuzzug gegen den Iran?

„Der Fanatiker Khomeiny und seine verblendeten Anhänger stellen die gesamte Weltordnung auf den Kopf." So befand es am Sonntag die *Bild*-Zeitung. Und zwischen den neuesten Greuelmeldungen aus Teheran („'Wurden die Geiseln ermordet?"') und einem Interview mit dem Schah („Der Gehetzte dieser Welt") war dort auch zu lesen, wie diese aus den Fugen geratene Welt wieder ins Lot gebracht werden könnte.

Der Fernseh-Journalist Scholl-Latour empfahl dem Westen einen Kreuzzug gegen den Iran. Denn mit Vernunft und Ähnlichem wäre den fanatisierten Muselmanen ohnehin nicht mehr beizukommen.

Man hat sich inzwischen fast schon an solcherlei Ratschläge gewöhnt. Und sie sind doch nichts anderes als Aufrufe zum Krieg. Mag man es nun Kreuzzug nennen oder Kommandoaktion.

In den USA ist die von Wallstreet und vom Weißen Haus sorgsam geschürte Hysterie schon so weit gediehen, daß die Mutter des Präsidenten in aller Öffentlichkeit zur Ermordung Khomeinys aufrufen konnte. Wobei ihr — wie berichtet wurde — die anwesenden Funktionsträger der Carter-Partei frenetisch Beifall zollten. Und unterdessen trägt der bestellte Mob auf den Straßen der USA Schilder herum, auf denen der Atomschlag gegen Teheran gefordert wird. Wer sind denn hier die Fanatiker?

Aber kommen wir zum Ausgangspunkt zurück. Ist die Weltmacht USA, ist der Westen durch Khomeiny und den Islam herausgefordert? Es sei daran erinnert, daß die sogenannte Iran-Krise nicht erst mit der Botschaftsbesetzung in Teheran begann. Sie setzte in dem Augenblick ein, als sich Millionen Werktätige im Iran gegen das blutige Regime des Schah erhoben und in langen opferreichen Kämpfen die Diktatur des Henkers auf dem Pfauenthron zu Fall brachten. Khomeiny und sein Stab waren in diesen Kämpfen bekanntlich nicht beteiligt. Sie saßen, als die iranischen Massen ihr Blut vergossen, in einem Dorf bei Paris.

Und die französische Regierung gab damals Khomeiny alle Möglichkeiten in die Hand, um vom Exil aus, seinen Einfluß auf eben diese Massen auszubauen. Warum wohl? Und warum fanden sich jeweils an Auslandssitz des Ayatollah Khomeiny auch Regierungsvertreter aus Washington zu Verhandlungen über die Zukunft des Iran ein?

Die gewaltige revolutionäre Erhebung gegen das Schahregime war eben nicht das Werk des Ayatollah und auch nicht ein Ausdruck islamischer Regungen. Es war eine Revolution des Volkes. Und sie richtete sich auch gegen die wahren Herren des Iran: die ausländischen Imperialisten, vor allem die amerikanische Supermacht, die das Land unter ihrer Kontrolle hielten.

Und das wußte man in Washington, in Paris oder auch in Bonn sehr genau. Die iranischen Massen standen im Krieg gegen den Imperialismus und man erhoffte sich von Khomeiny einen „dämpfenden" Einfluß, die Ausschaltung der revolutionären Kräfte in der Volkserhebung. Deshalb ließ man ihn gewähren, deshalb unterstützte man ihn.

Und wie sieht es heute aus? Khomeiny hat nach seiner Rückkehr in den Iran die revolutionären Organisationen verboten, er hat versucht, die Massen zu entwaffnen und dem Volk eine reaktionäre Verfassung aufzuzwingen, die er in diesen Tagen absegnen läßt. Damit hat er die in ihn gesetzten Erwartungen teilweise erfüllt. Aber eben nur teilweise. Die Imperialisten, allen voran die amerikanischen, wollen die vollständige Kontrolle über den Iran haben. Sie wollen keine Unsicherheit dort. Sie wollen die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die Ölquellen — so wie es früher zu Zeiten des Schah gewesen ist. Deshalb ihre Drohungen, ihre Mobilmachung gegen den Iran.

Die Fronten aber sind die gleichen geblieben. Sie verlaufen heute genau da, wo sie sich vor einem Jahr auftaten — zwischen den Völkern des Iran und dem Imperialismus. Was die Massen in Teheran und in den anderen Städten des Landes in diesen Tagen bewegt, was sie zu gewaltigen Kundgebungen auf die Straße treibt, das ist nicht religiöses Eiferertum — das ist der Haß, die Kampfansage gegen den amerikanischen Imperialismus, der sie so lange unterjocht und ausgeplündert hat. Und umgekehrt: wenn heute in den westlichen Ländern gegen den Iran mobil gemacht wird, dann richtet sich das nicht gegen das Regime Khomeinys (von dem ja selbst Humanisten oft mit Recht gesagt wurde, es sei nur vorübergehend). Die Mobilmachung, der Kreuzzug gilt in erster Linie den Völkern des Iran, die sich vor einem Jahr erhoben haben, um das Joch des Imperialismus und seines Statthalters Reza Pahlewi abzuschütteln.

Und weil das so ist, kann in diesem Konflikt niemand neutral sein. Wer ehrlich für Demokratie und Fortschritt eintritt, muß sich heute auf die Seite der iranischen Völker stellen und all den imperialistischen Kreuzfahrern und Kriegsbrandstiftern entgegentreten.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Aufruf zur Demonstration

Für das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen

Kolleginnen und Kollegen!

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (Aufbauorganisation) rufen Euch auf, am 15. Dezember in Köln gegen die zunehmende verbrecherische Aktivität türkischer Faschisten in Westdeutschland und Westberlin zu demonstrieren!

Für das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen!

Manche haben vielleicht noch die grausigen Bilder von dem Blutbad in Erinnerung, das die berüchtigten „Grauen Wölfe" mit Unterstützung der türkischen Armee und Polizei vor einem Jahr in der türkischen Stadt Maras angerichtet haben. Über 100 Werktätige — darunter Frauen, Greise und Kinder — wurden von den türkischen Faschisten niedergemetzelt, Tausende wurden verletzt. Die Mörder waren barbarisch genug, hochschwangere Frauen mit ihren Ungeborenen abzuschlachten, Kinder bei lebendigem Leib an die Wände zu nageln und Menschen lebendig zu verbrennen.

Heute, ein Jahr später, müssen wir feststellen: Nicht nur in der Türkei morden die „Grauen Wölfe" und die anderen faschistischen Terrorbanden weiter, sondern auch hier in Westdeutschland vergeht kaum ein Tag, an dem türkische Faschisten nicht mit Gewalt und Terror gegen Arbeiter und Antifaschisten aus der Türkei vorgehen. Die Zahl der bekannt gewordenen Überfälle geht in die Hunderte. Bei Opel/Rüsselsheim wurde unlängst ein revolutionärer Betriebsrat von türkischen Faschisten zusammengeschlagen. Vor einigen Tagen wurden in Frankfurt zwei Antifaschisten aus der Türkei niedergestochen, weil sie sich geweigert hatten, faschistische Hetzschriften anzunehmen.

Warum wird diesen faschistischen Mördern und Terroristen nicht endlich das Handwerk gelegt?

Weil sie Feunde in Westdeutschland haben. Mächtige Freunde. Türkes, der Führer der „Grauen Wölfe" trifft sich in Westdeutschland nicht nur mit den Führern der NPD-Faschisten. Auch zwischen ihm und Strauß fanden heimliche Treffen statt. Strauß setzt auf seinen Kundgebungen (z. B. unlängst in Köln) türkische Faschisten als Ordner ein. Und die türkischen Faschisten haben Freunde bei den Unternehmern. Mit Vorliebe werden in westdeutschen Unternehmen türkische Faschisten als Dolmetscher eingesetzt, damit sie ihre Landsleute bespitzeln und einschüchtern können.

Deutsche Arbeiter und Arbeiter aus der Türkei gemeinsam gegen Reaktion und Faschismus!

Die Faschisten und Reaktionäre aus der Türkei und Westdeutschland stecken unter einer Decke und halten zusammen. Deutsche Arbeiter und Antifaschisten und ihre Kollegen aus der Türkei müssen gemeinsam dagegen kämpfen.

Für das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen in Westdeutschland und Westberlin!

Deutsche Arbeiter und Antifaschisten, Arbeiter und Antifaschisten aus der Türkei gemeinsam gegen Reaktion und Faschismus!

Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!

Demonstration: 15. 12. 1979

11.30 Uhr Köln-Ebertplatz

Stationierung der US-Atomraketen

Widerstand gegen NATO-Pläne

Massenkundgebungen in den Niederlanden

40 000 Niederländer versammelten sich am vorletzten Wochenende zu einer großen antimilitaristischen Kundgebung in Utrecht. Sie protestierten gegen die geplante Stationierung von amerikanischen Mittelstrecken-Raketen in Westeuropa und darüber hinaus gegen jede atomare Aufrüstung der niederländischen Armee.

Mehrere kirchliche und politische Organisationen hatten zu der Kundgebung aufgerufen, darunter auch die sozialdemokratische Partei der Arbeit. Mit den Zielen der Demonstranten erklärte sich unter anderem der „Verein für dienstpflichtige Militärs" solidarisch, der dreißig bis Vierzig Prozent der niederländischen Wehrpflichtigen repräsentiert. In den letzten Monaten ist in unserem Nachbarland die Abneigung gegen die Atompläne der NATO immer ausgeprägter geworden. Eine von den Kirchen in Auftrag gegebene Umfrage ermittelte zu Jahresbeginn, daß 58 Prozent der Niederländer eine Atombewaffnung ablehnen. Als diese Umfrage jetzt wiederholt wurde, sprachen sich siebzig Prozent gegen die Atombewaffnung aus.

Proteste gegen den Bau und die geplante Stationierung von 108 Pershing-zwei-Raketen und 404 Cruise missiles in den europäischen NATO-Ländern hat es in der letzten Zeit auch in Dänemark gegeben. Unter dem Eindruck dieses Widerstands erklärte die dänische Regierung in der vergangenen Woche, sie wolle bei den NATO-Ministerratstagung am 12. Dezember gegen die Stationierung stimmen. Sie werde sich vielmehr dafür einsetzen, daß der entsprechende Beschluß um sechs Monate verschoben werde.

Gegen diese Ankündigung der dänischen Regierung hat der Bonner Kriegsminister Apel schweres Geschütz aufgefahren. Er erklärte, daß es jetzt darum ginge, „die Zeit nicht zu vertändeln". Alle Regierungen der europäischen NATO-Länder müßten sich bedingungslos hinter die Forderung Washingtons nach der Einführung der neuen Atomwaffen stellen. Wieder einmal machte sich Apel damit zum Einpeitscher der gefährlichen Rüstungspläne des westlichen Militärpakts.

Sein scharfer Angriff gegen die Kopenhagener Regierung zielte jedoch zugleich auch auf die eigene Partei. In der SPD ist in der letzten Zeit die Kritik an der Stationierung der Mittelstrecken-Raketen immer lauter geworden. So haben sich etwa die Jungsozialisten in einer Entschließung dagegen ausgesprochen. Die SPD-Jugendorganisation hat auch angekündigt, gemeinsam mit einigen Bundestagsabgeordneten der Partei einen entsprechenden Initativantrag auf dem in dieser Woche tagenden SPD-Parteitag einzubringen. Apel und Schmidt wollen eine Diskussion über die NATO-Pläne auf dem Parteitag von vornherein verhindern. So versuchte Apel die Kritiker in den eigenen Reihen dadurch unter Druck zu setzen, daß er erklärte, ein Widerstand gegen die neuen Atomraketen würde die Regierungsfähigkeit der SPD aufs Spiel setzen. Mit diesem demagogischen Trick will er die Kritiker als Wegbereiter einer Regierung Strauß abstempeln.

Dieser Trick kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Bundesregierung mit ihrer uneingeschränkten Zustimmung zur Stationierung der Atomraketen auf einer Linie mit den Forderungen der Strauß und Co. bewegt. Das brachte jetzt auch der CDU-Führer Dregger zum Ausdruck, als er sagte, der Kurs der Bundesregierung in der Raketenfrage würde „voll der Haltung der Opposition" entsprechen.

Massendemonstration gegen die NATO-Pläne in Utrecht

DC-10-Absturz: 257 Tote

Beim Absturz einer DC-10-Maschine — dem dritten in diesem Jahr — sind in der Antarktis 257 Menschen ums Leben gekommen. Über die Ursache des Absturzes der Maschine, die sich auf einem Touristenrundflug über der Antarktis befand, ist noch nichts bekannt. — Im Mai bzw. Oktober dieses Jahres waren bei DC-10-Abstürzen bei Chicago bzw. Mexico-City 273 bzw. 97 Menschen in den Tod gerissen worden. — Nach dem Chicagoer Unglück war für die DC-10 ein weltweites Flugverbot erlassen, jedoch aufgrund des Drängens des Mc-Donnels-Konzerns und der Fluggesellschaften, die um ihre Profite fürchteten, wieder aufgehoben worden.

Bundeswehr: Verbot für Amnesty

BONN. — Nach einer Anordnung des im Verteidigungsministerium angesiedelten Führungsstabs der Bundeswehr ist die Werbung für die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International in den Kasernen der Bundeswehr untersagt. Plakate, auf denen konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Staaten angeprangert werden, dürfen nicht ausgehängt werden. Der Führungsstab begründet die Anordnung mit der Bestimmung des Soldatengesetzes, wonach eine Betätigung im Dienst zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung unzulässig ist.

Gleichzeitig haben Klagen junger Soldaten über entwürdigende Behandlung während der ersten Monate ihrer Dienstzeit beschwichtigende Äußerungen der Bundeswehrführung ausgelöst. So appellierte der Generalinspekteur Jürgen Brandt in einer internen Weisung an die diversen militärischen Vorgesetzten, eine sanftere Tonart anzuschlagen und sich „fürsorglich" um die Rekruten zu kümmern.

Wer weiß, am Ende interessiert sich Amnesty International auch noch für die Bundeswehr?

Strauß-Anzeige gegen KPD/ML

HAMBURG. — Gegen die presserverantwortliche der KPD/ML in Hamburg, Ina Resse, hat die bayerische Staatskanzlei Anzeige erstattet. Die Anzeige lautet auf „Verherrlichung verbotener Zeichen" und „Beleidigung". In dem inkriminierten Flugblatt stand der Satz: „Strauss, das Phantom aus den Bergen." Die Buchstaben „ss" waren in Runenform geschrieben. — Das Flugblatt war bereits vor einigen Wochen von der Polizei beschlagnahmt worden.

Zitat der Woche

„In den Grundauffassungen der Wirtschaftspolitik besteht zwischen uns und der Bundesregierung eine weitgehende Übereinstimmung." (Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie)

„Ich habe in meiner Jugend immer gedacht, der Sozialismus sei die beste Gesellschaftsform. Jetzt weiß ich, daß es die GmbH & Co. KG ist." (Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) vor dem Steuerberatertag '79)

Soziale Lage der Jugend rekrutiert neue Heroin-Opfer

Rauschgiftsucht — Ausgeburt der Krise

In unserer letzten Ausgabe haben wir einen Überblick über das verbrecherische Geschäft mit der Droge gegeben. Weiter sind wir auf die Rolle des Staates bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität eingegangen. Der folgende Artikel wird dazu einige ergänzende Informationen liefern und sich mit den Ursachen der Zurückhaltung der staatlichen Organe gegenüber dem Drogenproblem befassen.

Im folgenden einige Zahlenbeispiele aus den Zusammenstellungen der über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Bundeshaushalte:

In der Zusammenstellung für das vierte Quartal 1977 im Einzelplan „Bundesminister des Innern" tauchen unter dem Titel „Kosten für Erstellung, Versand und Veröffentlichung der Fahndungshilfsmittel" neben den regulären 2,9 Millionen Mark zusätzliche 480.094 Mark auf mit der Begründung: „Zusätzliche Kosten für die Fahndung nach terroristischen Gewalttätern durch Plakataktionen, Anzeigen und Filme."

Einen ähnlichen außerordentlichen Posten für Maßnahmen an der Drogenfront sucht man vergeblich. Desweiteren sind im 4. Quartal zusätzliche 980.465,87 Mark aufgebracht: „Mehrbedarf wegen der erforderlichen Beschaffung von Kraftfahrzeugen für die Fahndung und Observation nach terroristischen Gewalttätern sowie für den Schutz- und



Rauschgiftopfer

Begleitdienst." Auch hier tauchen wiederum keine entsprechenden Posten für die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität auf, die immerhin zu diesem Zeitpunkt schon bedrohliche Ausmaße angenommen hatte.

Die Rauschgifthändler, die in diesem Jahr in Amsterdam einen schweren polizeilichen Schlag hinnehmen mußten, konnten nahezu unbehelligt in Frankfurt ihr Zentrum reorganisieren. Man war ja auf Terroristenjagd.

Und im Einzelplan „Bundeskanzler und Bundeskanzleramt", wurde eine außerplanmäßige Ausgabe wegen „Mehraufwand aus Anlaß eines Entführungsfalls für die im Bundeskanzleramt zusammengetretenen Beratungsgremien" aufgenommen. Nach Mehraufwand zur Finanzierung eines Beratungsgremiums zur besseren Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität sucht man in dieser amtlichen Statistik vergeblich.

Im ersten Quartal dieses Jahres ist auch eine überplanmäßige Ausgabe im Einzelplan des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit zu finden. Doch obwohl sich damals schon abzeichnete, daß das Jahr 1979 zu einem traurigen Rekord an Herointoten führen wird, sucht man auch hier vergeblich nach Mehrausgaben für Aufklärung und Therapie. Lediglich 28.000 Mark zur „Ersatzbeschaffung für den mit Totalschaden ausgesonderten Dienstkraftwagen des Parlamentarischen Staatssekretärs" wurden zusätzlich bereitgestellt.

Die Sucht ist vor allem ein soziales Problem

Und wenn es im Bundestag überhaupt einmal um das Drogenproblem geht, was selten genug ist, wird es des öfteren auf die obskurste Weise behandelt. Der Abgeordnete Dr. Becker (CDU) aus Frankfurt beispielsweise wollte am 7. Februar dieses Jahres von der Bundesregierung wissen, ob sie wie er der Meinung sei, daß „liberalistische Trends" wie „Abtreibungserleichterung" oder „Berufstätigkeit der Mutter mit Selbstmord, Suchtneigung und Kriminalität bei der jungen Generation zusammenhingen."

Herr Niegel von der CDU interessierte sich Ende März dieses Jahres für psychosoziale und medizinische Faktoren, die dafür bestimmend seien, daß einige Jugendliche drogenabhängig werden, andere wiederum nicht.

Doch wenn es darum geht, sich den tatsächlichen Folgen der Heroinwelle zu stellen, wird abgewunken. Horst Böhmer von der Caritas-Drogenberatung in Westberlin: „Beim Schulsenator weigert man sich, von diesem Problem Kenntnis zu nehmen." Überhaupt weigert man sich, zu akzeptieren, daß das Drogenproblem in erster Linie sozialer Natur ist. Faktoren wie psychische Labilität und andere das Individuum betreffende Kriterien spielen bei der Ursachenforschung eine untergeordnete Rolle, denn auch der psychisch labile Jugendliche stände kaum in der Gefahr, ein Opfer der skrupellosen Rauschgifthändler zu werden, wenn er sich nicht in einer verzweifelten und ausweglos erscheinenden Situation befände, die ihm keineswegs von seiner labilen Psyche vorgegaukelt wird, sondern harte Realität des kapitalistischen Ausbeutersystems ist. Und wenn man weiter die Ursachen der psychischen Labilität erforschen würde, würde man in 90 Prozent aller Fälle ebenfalls auf soziale Probleme stoßen, etwa zerrüttete Kindheit durch Arbeitslosigkeit im Elternhaus und der daraus resultierenden Folgen.

Der Fixer —das Strandgut der Krise

Die kapitalistische Krise ist die Ursache für die wachsende Verelendung immer größerer Teile der Jugend. Davon profitieren skrupellose Rauschgifthändler. Und sie richten ihre Marktstrategie zielbewußt nach dieser Einschätzung aus. Der Psychologe Professor Klaus Eyferth: „Wir können beobachten, daß sich der Markt verstärkt auf die Bezirke mit vielen sozial schwachen Jugendlichen konzentriert, weil dort die meisten potentiellen Fixer vermutet werden."

Auf dieser Grundlage weitet sich die „Szene" von Jahr zu Jahr schneller aus, erstens wächst die Zahl der deklassierten Jugendlichen durch die Verschärfung der Krise, zweitens sehen sich die Heroinabhängigen zur Befriedigung der eigenen quälenden Nachfrage gezwungen, neue Abhängige zu produzieren.

Das alles zieht einen ganzen Sumpf von Beschaffungskriminalität nach sich.

Die staatlichen Behörden unternehmen nicht das geringste, um dieser Bedrohung der Gesellschaft Herr zu werden, um die Rauschgiftwelle einzudämmen. Die Versumpfung von Hunderttausenden durch Heroin und andere Drogen, schleichender Tod und psychische Entartung sind ihr allemal lieber als bewußte, politisch denkende Menschen, die die Ursachen ihrer Lage im verfaulten und bankrotten Kapitalismus erblicken und den Kampf für dessen revolutionären Sturz aufnehmen.

Sie brauchen oppositionelle Betriebsräte und fortschrittliche Lehrer auf ihren Datenbänken, sie wollen mit dem neuen Personalausweisgesetz das ganze Volk in ihre Computergehirne einspeichern, sie streben die totale Kontrolle über uns alle an, um schon im Ansatz jede kritische Regung im Keim ersticken zu können.

Die Rauschgifttoten, die Leichen in den Parks und öffentlichen Toiletten, die zu Dirnen gepreßten 14jährigen Mädchen, Kinder, die sich für einen Schuß mit Haut und Haaren verkaufen, rühren die Herren in keiner Weise, denn diese Geschöpfe, die schon bei lebendigem Leibe tot sind, können der Existenz des Kapitalismus keinen Schaden zufügen.

Henning Venske brachte diese Probleme im Rahmen eines Kommentars im *Stern* auf einen Nenner: „Es ist machtpolitisch interessanter, den Terrorismus zu bekämpfen, als Drogenopfer zu retten. Wer verlangt, die Ursachen für beides zu beseitigen, ist für viele ein ‚linksradikaler Störenfried' und steht nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung."

Allein der finanzielle Aufwand, um Elisabeth van Dyck schließlich durch einen gezielten Schuß in den Rücken zur Strecke zu bringen, würde einer ganzen Menge von Drogenabhängigen das Leben retten.

Veranstaltungen zum 35. Jahrestag der SVR Albanien

„Für uns ist das sozialistische Albanien ein Vorbild im Kampf"

In mehreren Städten der Bundesrepublik führte unsere Partei in den letzten Wochen Veranstaltungen zum 35. Jahrestag der Sozialistischen Volksrepublik Albanien durch. Größere Veranstaltungen waren in Hamburg, Westberlin und Stuttgart organisiert worden.

Im Mittelpunkt stand dabei die Würdigung Albaniens als dem einzigen sozialistischen Land in der Welt. Die Redner der Partei stellten das von den Lasten der kapitalistischen Krise bedrückte Leben der Werktätigen in unserem Land der Realität des heutigen Albanien entgegen, wo Arbeitslosigkeit oder Steuerlast, Teuerung oder Inflation völlig unbekannt sind. Ein solches Leben hat sich das albanische Volk dadurch erkämft, daß es vor 35 Jahren mit dem faschistischen Regime der deutschen Besatzer auch die Macht der einheimischen Ausbeuterklassen zerschlug.

Unter der Führung seiner kommunistischen Partei — der heutigen PAA — mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze hat dieses Volk den Sozialismus aufgebaut, die proletarische Diktatur verteidigt und eine bürgerliche Entartung, wie sie sich in der DDR und den Ländern Osteuropas vollzogen hat, verhindert. So ist Albanien zu einem leuchtenden Beispiel für alle um ihre Befreiung ringenden Völker geworden.

Die Teilnehmer der Parteiveranstaltungen brachten ihre Verbundenheit mit dem albanischen Volk und der Partei der Arbeit in Glückwunschtelegrammen zum Ausdruck, die nach Tirana geschickt wurden. Um ein lebendiges Bild vom Kampf des albanischen Volkes für den Sozialismus zu vermitteln, wurden an einigen Orten auch Filme gezeigt, so in Stuttgart der Spielfilm „Roter Mohn auf der Mauer" und in Westberlin „Vier Lieder für die Partei."

Zu den Veranstaltungen waren auch viele ausländische Freunde der Partei gekommen, vor allem Kollegen aus der Türkei. Auch Albaner aus dem zu Jugoslawien gehörenden Kossovo-Gebiet, die in unserem Land als Gastarbeiter leben müssen, weil sie in ihrer Heimat keine Arbeit finden, sah man unter den Teilnehmern.

Auch die Gesellschaft der Freunde Albaniens führte zum 35. Jahrestag der SVRA eine Reihe von Veranstaltungen und Festen durch.



Veranstaltung in Westberlin

Neumühlprozeß eingestellt

DUISBURG.— Am Freitag, den 23. November, wurde der Neumühlprozeß vor dem Amtsgericht Hamborn eingestellt, nachdem er sich am 14. November noch einmal dramatisch zugespitzt hatte. Vorher war der von den Angeklagten gestellte Befangenheitsantrag gegen den vorsitzenden Richter Brackmann vom Amtsgerichtspräsidenten zurückgewiesen worden.

Am 14. November hatte sich Richter Brackmann dazu hinreißen lassen, an eine von ihm in Aussicht gestellte Einstellung des Mammutverfahrens regelrecht erpresserische Bedingungen zu stellen. Er forderte die 12 Angeklagten, die im November 1977 einem brutalen Polizeiüberfall zum Opfer fielen und jetzt wegen Landfriedensbruch vor Gericht stehen, auf, die öffentlichen Angriffe auf die Polizei einzustellen und die Strafanzeigen gegen die am Überfall beteiligten Polizisten zurückzuziehen.

Gleichzeitig wertete er den Polizeiübergriff selbstherrlich als absolut rechtmäßig, obwohl sich das Verfahren noch in der Phase der Beweisaufnahme befand.

Das veranlaßte die Angeklagten zu beantragen, Richter Brackmann als befangen abzulehnen. Nun wurde der Antrag zwar zurückgewiesen, doch das Gericht und die am Prozeß beteiligten Parteien erklärten sich mit einer Einstellung einverstanden.

Zweifellos ein Erfolg für die Angeklagten, daß die Staatsanwaltschaft auf eine Verurteilung wegen Landfriedensbruch verzichten muß.

Streik- und Aktionstage an den Fachhochschulen

Montag, 26. November, begannen landesweit die Streik- und Aktionstage der Studenten an 53 Fachhochschulen. Die Studenten wandten sich gegen die sechssemestrigen Kurzstudiengänge, gegen die ungenügende materielle Absicherung des Studiums, gegen die unsicheren Berufsperspektiven und gegen die politische Reglementierung während des Studiums.

Am ersten Tag berieten die Studenten auf Vollversammlungen nochmals über die inhaltliche Ausgestaltung der Streik- und Aktionstage. Sie bildeten Arbeitsgruppen, über die sie Alternativveranstaltungen zum gängigen Lehrprogramm organisierten: Seminare, Diskussionen, Podiumsdiskussionen. Sie diskutierten über die vorliegenden Fachhochschulgesetze, die Studien- und Prüfungsordnungen, die Berufsperspektive und die Frauenfrage. Eine besondere Rolle spielten in der Diskussion auch brennende politische Fragen wie die Kandidatur des Franz Josef Strauß.

Die Streik- und Aktionstage waren bis zum 30. November befristet. An den verschiedenen Tagen setzten die Studenten an den Fachhochschulen verschiedene Schwerpunkte. Der Dienstag zum Beispiel war an der Fachhochschule der „Frauentag". Die Studenten an der Fachhochschule Aachen setzten sich mit der Situation der ausländischen Kommilitonen auseinander; daneben führten sie gemeinsam mit der IG Bau, Steine, Erden eine Veranstaltung zur Studienreform durch. Die Studenten der Fachhochschule Düsseldorf informierten am Donnerstag die Bevölkerung mit einem Theaterstück, mit einer Fotoausstellung und mit Flugblättern über ihre Probleme und Forderungen.

Die Streik- und Aktionswoche wurde von einem großen Teil der Fachhochschulstudenten getragen. An über 20 Fachhochschulen hatten Urabstimmungen mit stets hoher Wahlbeteiligung stattgefunden; zwischen 70 und 100 Prozent der Studenten hatten für die Durchführung der Streik- und Aktionstage gestimmt.

An den Fachhochschulen, an denen vornehmlich Studenten der verschiedenen Ingenieure und Sozialarbeitsberufe ausgebildet werden, sind die Studien- und Lebensbedingungen schlecht: 26 Stunden Pflichtvorlesungen, Seminare und Übungen; daneben ein großes Pensum von Hausaufgaben. Vor den zahlreichen Zwischenprüfungen und im Examen müssen 50 bis 60 Wochenstunden geleistet werden. Von den Bafögsätzen können die Fachhochschulstudenten kaum leben; über 50 Prozent von ihnen müssen in den Semesterferien, 38 Prozent auch während des Semesters regelmäßig Geld dazuverdienen.

Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder, daß viele Studenten an den Fachhochschulen die Prüfungen nicht schaffen. In den Ingenieurbereichen liegt der Studentenanteil, der schließlich ohne Abschluß sein Studium aufgibt, bei 50 Prozent.

An den Fachhochschulen kommen bis zu 50 Prozent der Studenten aus Arbeiter- und Angestelltenhaushalten. Fast zwei Drittel der Studenten haben vor dem Studium Erfahrungen in Berufen gesammelt, 60 Prozent von ihnen besitzen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Für viele Studenten stellt das Fachhochschulstudium, das sie meist ohne Abitur aufnehmen können, eine Möglichkeit dar, später ein weiterführendes Universitätsstudium anzuschließen. Diese Möglichkeit soll ihnen jetzt auch genommen werden.

Konzerne schwimmen in Geld

BASF: 77 Prozent Gewinnsteigerung!

Nicht nur die Ölmultis scheffeln Rekordprofite

DÜSSELDORF.— Daß die Gewinne der Ölmultis zur Zeit alle normalen Maßstäbe sprengen, ist inzwischen allgemein bekannt. Der größte der Branche, die Exxon (Esso), verzeichnete im dritten Quartal 1979 eine Gewinnsteigerung von sage und schreibe 118 Prozent gegenüber dem Vorjahr! Aber wie sieht es in den anderen Wirtschaftszweigen aus? Wird dort etwa kein Profit gemacht?

Die kapitalistische Propaganda will uns einreden, nur die Ölmultis seien Nutznießer der Preisexplosion. In den anderen Wirtschaftszweigen hingegen seien keine hohen Gewinne zu verzeichnen. Hohe Lohnforderungen seien von daher nicht gerechtfertigt, denn man könne nicht ein zweites Mal verfrühstücken, was bereits ins Ausland abgeflossen sei.

Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß es für die Arbeiter und kleinen Angestellten völlig unmaßgeblich ist, aus welchem Wirtschaftszweig die Finanzmagnaten, die Bank- und Konzernkönige, momentan gerade den größten Profit ziehen. Genausowenig kann den Arbeitern bei seinen Lohnforderungen interessieren, ob nun ausländische oder deutsche Ausbeuter sich an seiner Arbeit am stärksten bereichern.

Ob der Anstoß für die Preisexplosion von amerikanischen oder von deutschen Finanzgruppen gekommen ist, spielt keine Rolle. Im Kapitalismus kann der Arbeiter sich nur an die Devise halten: Verkaufe Deine Haut so teuer wie möglich! Ausgebeutet wirst Du ohnedies und wenn Du Dich nicht wehrst, wird Deine wirtschaftliche Lage sich unweigerlich verschlechtern!

Davon abgesehen ist es jedoch ein Märchen, wenn behauptet wird, nur im Ölgeschäft werde Profit gescheffelt. Schon im Geschäftsjahr 1978 machten fast alle großen bundesdeutschen Konzerne enorme Gewinne, die zu den mageren Lohnerhöhungen der Arbeiter in keinem Verhältnis stehen. Die nebenstehende Tabelle, die auf die eigenen Angaben der Konzerne zurückgeht, spricht eine deutliche Sprache.

Dementsprechend schrumpfte die Lohnquote. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen ging von 65,3 Prozent im Jahr 1977 auf 64,1 Prozent im Jahr 1978 zurück. Und schon jetzt steht fest, daß sich 1979 die Drift zwischen steigenden Unternehmergewinnen und schrumpfenden Reallöhnen weiter vergrößert.

Die gegenwärtigen Gewinnsteigerungen der Konzerne übertrafen noch diejenigen des fetten Geschäftsjahres 1978. Nach den Angaben der Deutschen Bank lagen die Nettoeinkommen aus „Unternehmertätigkeit" im Jahr 1978 um 12,5 Prozent über dem Vorjahr. Für das erste Halbjahr 1979 registriert die Deutsche Bank gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Unternehmereinkommen (netto) um 15,9 Prozent!

„Deutscher Meister" im Profitscheffeln scheinen in diesem Jahr die Chemiekapitalisten zu werden. Nach einer Gewinnanalyse der Deutschen Bank wird die chemische Industrie in diesem Jahr Profite einfahren, die sage und schreibe um ein Viertel oder 25 Prozent höher liegen als im Vorjahr.

Und diese Schätzung scheint noch vorsichtig zu sein. Nach jüngsten Meldungen verzeichnet einer der drei bundesdeutschen Chemiegiganten, BASF, für die ersten neun Monate dieses Jahres eine Gewinnsteigerung von 76,8 Prozent! 1,34 Milliarden Mark Gewinn kassierte BASF weltweit allein in der Zeit von Januar bis einschließlich September! Rekordgewinnzuwächse melden für diesen Zeitraum aber auch die beiden anderen Chemieriesen. Hoechst: 49 Prozent und Bayer 44 Prozent.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahl und der Umsatzsteigerung. Obwohl die Chemie-Kapitalisten im ersten Halbjahr 1979 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 9053 weniger Leute beschäftigten (das ist ein Rückgang um 1,6 Prozent), konnten sie gleichzeitig ihren Umsatz um 11,4 Prozent steigern! Das Umsatzplus pro Beschäftigtem in der Chemie-Industrie beläuft sich dementsprechend auf 13,1 Prozent. Diese Zahlen spiegeln deutlich wieder, wie es die Bosse in der Chemie-Industrie geschafft haben, Rekordprofite aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden: Aus weniger Beschäftigten haben sie mehr herausgeholt.

Gewinnsteigerung 1978 bei den großen Konzernen

Geschäftsjahr 1978	Umsatzsteigerung in Prozent gegenüber dem Vorjahr	Gewinnsteigerung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
Veba	14,1	23,4
Siemens	15,1	11,5
VW	10,6	17,3
Daimler	0,5	7,1
Hoechst	3,8	15,5
BASF	3,1	3,6
Bayer	6,8	13,3
RWE	7,6	8,1



Auftritt des IGM-Chefs in Köln

Loderer versucht zu spalten

Mit schmutzigen Tricks gegen die Lohnbewegung

KÖLN.— Am 27. November fand eine Vertreterversammlung der IG-Metall-Verwaltungsstelle Köln statt. IGM-Chef Loderer war mit von der Partie. Sein Auftritt war gut vorbereitet. Die IGM-Bonzen hatten sich diese Versammlung ausgesucht, um die Bewegung der Metaller für eine echte Lohnerhöhung zu spalten.

Nicht zufällig starteten die IGM-Bonzen ihren Angriff auf die Front für eine angemessene Lohnforderung gerade in Köln. In den drei größten Metallbetrieben Kölns, bei Ford, KHD, (Klöckner-Humboldt-Deutz) und Felten & Guillaume, sitzen in den Vertrauenskörperleitungen rechte Leute, die der Gewerkschaftsführung die Stange halten.

Während andernorts in vielen Großbetrieben der Metallindustrie die Vertrauenskörper Forderungen von mindesten 12 Prozent aufgestellt haben, wurde dies in den genannten Betrieben von den Vertrauenskörperleitungen vereitelt. Diese Vertrauenskörperleitungen machen sich stattdessen für 10 Prozent stark, eine Forderung, die in der gegenwärtigen Phase der Tarifbewegung nur die Funktion hat, für die IGM-Führung Sand aufs Glatteis zu streuen, damit sie sich besser auf die beabsichtigten ca. 9 Prozent abseilen kann.

In vielen kleineren Kölner Betrieben, in denen der Einfluß der IGM-Bonzen auf die Vertrauenskörper schwächer ist, haben die Kollegen hingegen 12 Prozent, mindesten aber 180 Mark, als Forderung aufgestellt. Bei Parker-Hannifin forderte der Vertrauenskörper 250 Mark für alle.

Die Taktik der IGM-Führung war es nun, Köln als schwaches Kettenglied für ihren Vorstoß gegen die Lohnbewegung auszunutzen. Hier konnte man sich eben nicht nur auf die Ortsverwaltung, sondern auch auf die Vertrauenskörperleitungen der drei wichtigsten Großbetriebe stützen.

Nachdem Loderer auf der Versammlung ein ziemlich allgemeines Referat über Fragen der Wirtschaftsentwicklung, der politischen Lage und der Gewerkschaften gehalten hatte, stand als zweiter Punkt das Thema Lohnrunde auf der Tagesordnung. Als erstes wurde verkündet, daß die Kölner Ortsverwaltung sich in einem Beschluß für die Forderung von 10 Prozent ausgesprochen hätte. Und siehe da — für diese Forderung machte sich sogleich auch Loderer stark.

In der Diskussion sprachen sich dann jedoch fast alle Kollegen für 12 Prozent aus. Daraufhin setzte Loderer zu einer heftigen Attacke gegen die fortschrittlichen Kräfte unter den aktiven Gewerkschaftern an. Er ließ eine schrille antikommunistische Hetzpredigt vom Stapel, wobei er indirekt den Eindruck zu erwecken suchte, als seien die Kollegen, die eine Forderung von 12 Prozent oder mehr vertreten, von „kommunistischen Drahtziehern" gesteuert.

Im Anschluß an diesen Auftritt Loderers ließen die Bonzen dann schnell eine Abstimmung durchziehen. Sie wandten dabei die altbewährte Taktik der Überrumpelung an. Die 12-Prozent-Forderung, für die sich doch die meisten Kollegen ausgesprochen hatten, wurde gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. Abzustimmen hatte man gleich und ausschließlich die 10 Prozent.

Unter diesen Umständen kam dann ein Ergebnis heraus, das den tatsächlichen Willen der IG-Metall-Mitglieder nicht widerspiegelt: rund zwei Drittel stimmten für die 10-Prozent-Forderung. Nur ein Drittel der Vertreter war bewußt und standfest genug, um gegen diese Forderung zu stimmen.

Eine Konsequenz kann man aus diesem Ergebnis der Vertreterversammlung auf jeden Fall ziehen: wir brauchen unbedingt eine organisierte, zielklare Opposition in der Gewerkschaft, eine starke RGO. Wäre die RGO entsprechend stark auf dieser Versammlung vertreten gewesen, dann wäre die Sache bestimmt anders ausgegangen!

Steigende Profite — sinkende Lohnquote



Die Verschärfung der kapitalistischen Krise in der Bundesrepublik und in Westberlin ging mit einer empfindlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse einher. Diese Verschlechterung ergab sich nicht nur aus der Entstehung eines riesigen Arbeitslosenheeres, aus den heftigen Erschütterungen und Strömungen der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch aus der immer rücksichtsloseren Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben. Die Kapitalisten wälzten die Lasten der Krise voll auf die Arbeiter ab. Und sie verstanden es zugleich, immer mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen. Die obenstehende Grafik über die Entwicklung der bereinigten Lohnquote seit 1970 läßt deutlich werden, daß der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen (Lohnquote) seit Mitte der siebziger Jahre, also in ungefähr seit dem vollen Durchbruch der verschärften Krise, zurückgegangen ist. Während sich auf der Seite der Ausbeuterklasse, der Kapitalisten, ein Reichtum von nie dagewesenem Ausmaß konzentriert, sinkt der Lebensstandard der Arbeiter und kleinen Angestellten.

Grafik: IG Metall

„8,5 Prozent —das lassen wir uns nicht bieten!"

Hafenarbeiter–Empörung über Tarifkommission

Tarifrunde im Hamburger Hafen / Protest gegen 8,5-Prozent-Forderung

HAMBURG.— 12 Prozent hatten die Vertrauensleute der ÖTV-Gewerkschaft im größten Hamburger Hafenbetrieb HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG) als Forderung für die Tarifverhandlungen aufgestellt. Die Vorstellungen der ÖTV-Bonzen jedoch liegen anders...

Am Donnerstag, den 22. November ließen die Bonzen des ÖTV-Apparates ein Flugblatt verteilen, in dem der Beschluß der Bundestarifkommission über die Lohnforderungen bekanntgegeben wird. Was hat die Kommission für eine Forderung aufgestellt? 8,5 Prozent!

Das Flugblatt löste Empörung bei den Hafenarbeitern aus. Die Forderung, die der Vertrauenskörper beschlossen hatte, heißt 12 Prozent. Fast die Hälfte der Vertrauensleute hatte sogar für eine Festgeldforderung von 250 Mark plädiert.

Diese Forderungen der Vertrauensleute sind angesichts der unverschämten Preistreiberei der Konzerne eher als zu bescheiden denn als übermäßig hoch zu bezeichnen. Die ÖTV-Bonzen jedoch sind offensichtlich anderer Meinung. Nach ihrem Willen soll der schwerarbeitende Hafenarbeiter im Interesse der Bereicherung der Kapitalisten freiwillig Lohnverzicht leisten!

Am gleichen Donnerstag verschickten die ÖTV-Bonzen an die Vertrauensleute und Betriebsräte bei der HHLA ein Papier. Darin werden den Kollegen kommentarlos provokatorische Forderungen mitgeteilt, die von den Hafenbossen zu den bereits laufenden Tarifverhandlungen über Arbeitszeit und Schichtarbeit an die Gewerkschaft gerichtet wurden. Die Hafenbosse wollen beispielsweise die Überstundenverpflichtung auch auf die zweite Schicht ausdehnen. Im Container-Umschlag wollen sie eine Art Konti-Schicht (ähnlich wie in der Stahlindustrie) einführen. Noch weitere derartige Rationalisierungsmaßnahmen finden sich in dem Forderungskatalog.

Mit diesen Forderungen versuchen die Hafenbosse bei den Verhandlungen über Arbeitszeit und Schichten den Spieß umzudrehen und die Hafenarbeiter, die Arbeitszeitverkürzung und andere Verbesserungen fordern, in die Defensive zu drängen. Und die ÖTV-Bonzen schicken diese Provokation kommentarlos an die Kollegen! Das hat die Empörung noch mehr gesteigert. Die Hafenarbeiter forderten Maßnahmen!

Am Überseezentrum verlangten die Kollegen die Absetzung der Bundestarifkommission. Am Buchardkai ergriffen einige Vertrauensleute die Initiative. Sie beriefen eine Versammlung zur Mittagspause ein. Zu dieser Versammlung kam auch der Vertreter der ÖTV-Bezirksverwaltung Uwe Schröder, um eine Stellungnahme abzugeben. Schröders Gesicht wird ziemlich lang, als sich der Saal prall füllt. Zwei- bis dreihundert Kollegen sind gekommen, aus allen Hallen und aus einigen Büros.

Schröder versucht es mit Beschwichtigungen und mit der unverfrorenen Behauptung, die 8,5-Prozent-Forderung sei der Wille der Mehrheit; dagegen sei für die 12 Prozent nur eine Minderheit. Zur Provokation der Hafen-Bosse meint Schröder: *„Wir sind jetzt in der Friedenspflicht, bis dahin können wir sowieso nichts tun!"*

Schröders Rede löst heftigen Protest aus. Der Saal brodelt. Eine Reihe Kollegen melden sich zu Wort. Wer bestimmt hier eigentlich? Wen vertreten die Funktionäre von der Bezirksverwaltung und der Bundestarifkommission eigentlich?

Ein Kollege erklärt unter großem Beifall, für ihn heiße die Forderung bei der HHLA nach wie vor 12 Prozent. Ein Kollege erklärt, es sei eine Frechheit, daß die Bundestarifkommission von über 4200 ÖTV-Mitgliedern bei der HHLA einfach übergeht. In Zwischenrufen drohen Kollegen, ihr Gewerkschaftsbuch hinzuschmeißen.

Zu den provokativen Forderungen der HHLA-Bosse stellt ein Kollege folgendes klar: „Dieses Papier hätte von der ÖTV-Bezirksleitung sofort an die HHLA zurückgeschickt werden müssen und zwar mit der Erklärung versehen, solange dieses Papier nicht vom Tisch ist, sind wir zu keinen weiteren Verhandlungen bereit! Das wäre eine klare und kämpferische Antwort gewesen. Unsere Verhandlungsbasis sind unsere gewerkschaftlichen Forderungen zum Rahmentarif und nichts anderes! Aber stattdessen schickte die Bezirksleitung das Papier kommentarlos an die Vertrauensleute und Betriebsräte. Damit zeigt sie doch, daß sie zu Zugeständnissen gegenüber den HHLA-Bossen bereit ist!"

Einige Kollegen sagten am Ende der Versammlung: **„Wenn von den Forderungen der HHLA irgendwas durchkommt, dann gibt es hier einen Aufstand".**

Diese Versammlung machte deutlich: die Hafenarbeiter sind bereit und entschlossen, für ihre Forderungen zu kämpfen.

Konzernherren treiben Rationalisierung voran

Warnstreik — 1 000 Stahlarbeiter wehren sich gegen Stillegung

An allen Ecken und Enden Angriffe auf Arbeitsplätze

LANGENFELD.— Die Mannesmann-Bosse haben vor einigen Wochen neue Stillegungspläne ausgepackt. In Hilden und Langenfeld (zwei Städte in der Umgebung Düsseldorfs) sollen Werke stillgelegt und zusammen mindestens 1 400 Arbeitsplätze vernichtet werden. Aber bei den Belegschaften regt sich Widerstand.

Am 22. November legten rund 1000 Kollegen im Werk Langenfeld für eine Stunde die Arbeit nieder. Mit dieser Aktion zeigten die Kollegen, daß sie die angekündigte Teilstillegung in diesem Werk, der 800 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen, nicht kampflos hinnehmen werden. Die Kollegen befürchten im übrigen, daß es nicht bei dieser, von der Konzernleitung angekündigten, Teilstillegung bleibt.

Im Werk Hilden wächst ebenfalls die Bereitschaft zu Widerstandsmaßnahmen. Am 19. November demonstrierten 500 Mannesmann-Röhren-Werker durch die Innenstadt von Hilden. Ihre Parole: „Mannesmann muß in Hilden bleiben!" In Hilden soll das ganze Werk mit rund 660 Beschäftigten stillgelegt werden. Schon als die Nachricht von der geplanten Schließung im Werk bekannt gegeben wurde, hatte die Frühschicht mit einem spontanen Warnstreik reagiert.

In den letzten Wochen hatten eine ganze Reihe weiterer Konzerne Stillegungen und Massenentlassungen angekündigt. Der SKF-Konzern (Schweinfurter Kugellager-Fabriken) will im Werk Bad Canstatt bei Stuttgart 1400 Arbeitsplätze vernichten. In Dortmund will die CEAG, ein Tochterunternehmen des Varta Konzerns, ein Werk mit rund 670 Beschäftigten stillegen. Der Brauerei-Konzern DUB-Schultheiß will in Bochum und Gelsenkirchen zwei Brauereien schließen, wodurch insgesamt 420 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren.

Der luxemburgisch-deutsche Stahl-Konzern ARBED, der im Saarland 10.000 Arbeitsplätze vernichten will, gab kürzlich überraschend die Stillegung eines Walzwerkes in St. Ingbert mit 290 Arbeitsplätzen bekannt. Schlagzeilen machte der geplante Stillegungs- und Entlassungsfeldzug der AEG-Bosse, dem allein im nächsten Jahr mindestens 13.000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen.

Bei Hoesch in Dortmund sollen drei Siemens-Martin-Werke stillgelegt und durch ein modernes Oxygenstahlwerk mit geringerer Kapazität ersetzt werden. Insgesamt sollen bei Hoesch in Dortmund mehrere tausend Arbeitsplätze „eingespart" werden. Gleichzeitig drohen die Hoesch-Kapitalisten mit der Stillegung der gesamten Stahlproduktion in Dortmund, falls nicht ein gut Teil der Kosten für das neue Stahlwerk durch staatliche Subventionen finanziert werde.

Stillegungen oder Teilstillegungen, Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen gibt es in unterschiedlichem Ausmaß auch in allen anderen Konzernen und Unternehmen. Von vielen Stillegungen kleinerer Unterbetriebe wird nur in der lokalen Presse berichtet, so etwa auch die oben angeführte Stillegung des Dortmunder CEAG-Betriebes. Das gesamte Ausmaß der Arbeitsplatzvernichtung läßt sich kaum abschätzen.

Unter den Arbeitern und kleinen Angestellten wächst jedoch die Bereitschaft, mit konsequenten Kampfmaßnahmen ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Ein wichtiger Schritt wäre es, wenn aus den zahllosen kleineren Kampfaktionen und Protesten eine einheitliche, machtvolle Bewegung werden würde.

Der seltsame „Kollege"



Gar nicht einverstanden sind die meisten Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV damit, daß auch Gesinnungsschnüffler vom Verfassungsschutz Mitglieder in ihrer Organisation sind. Schließlich schützt der Verfassungsschutz ja nicht die Rechte der Werktätigen, sondern sind es gerade die Werktätigen, die er bespitzelt, vor allem aktive Gewerkschafter, Betriebsräte, Kommunisten usw. Und zwar im Dienste der Mächtigen, der Ausbeuter und Unterdrücker. Die Bonzen der Gewerkschaftsführung sind sich über diese Tatsache durchaus klar. Trotzdem wollen sie uns die miesen Gesinnungsschnüffler als „Kollegen" verkaufen. Vor kurzem fand in Bonn eine Konferenz der sogenannten „Fachgruppe Verfassungsschutz" der ÖTV statt. Dort sprach auch ein Mitglied des ÖTV-Hauptvorstands, das für diese dubiose „Fachgruppe" zuständig ist, ein Herr namens Albrecht Rothländer. Dieser Herr scheute sich nicht, öffentlich die skandalöse Überwachung der Betriebs- und Personalräte durch den Verfassungsschutz zu verteidigen und gutzuheißen. So etwas kann man nur als Skandal bezeichnen! Die Gesinnungsschnüffler samt ihrem Freund Rothländer gehören auf dem schnellsten Wege aus der ÖTV ausgeschlossen. Wenn es in der Gewerkschaft überhaupt Unvereinbarkeitsbeschlüsse geben dürfte, dann gegenüber solchem Gesindel.

Bayer verbietet Vertrauensleutewahl auf Betriebsgelände

WUPPERTAL.— Die Bosse des Chemiekonzerns Bayer haben der IG Chemie, Papier, Keramik die Durchführung der Wahlen für die gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf dem auf dem Betriebsgelände des Werkes Wuppertal-Elberfeld verboten. Dies ist eine unerhörte Provokation der Bayer Bosse und zielt darauf ab, die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb zu unterdrücken und zu illegalisieren. Die Wahl wurde am Donnerstag und Freitag letzter Woche mit Hilfe von Kleinbussen vor den Werkstoren durchgeführt.

ÖTV-Kreisvorstand für gesetzliches Verbot der Aussperrung

KOBLENZ.— Ende Oktober hatte der Nebenstellenvorstand der Gewerkschaft ÖTV in Diez einstimmig das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert. Jetzt stimmte auch der Kreisvorstand Koblenz diesem Antrag zu. Der Antrag wurde weitergeleitet an die Bezirksdelegiertenversammlung. Von da soll er zum 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV weitergeleitet werden, der vom 8. bis 14. Juni nächsten Jahres in Westberlin stattfindet.

Gegen Arbeitsplatzvernichtung ist geballte gewerkschaftliche Kraft notwendig!

Die Konzerne in der Bundesrepublik und in Westberlin verschärfen ihre Rationalisierungsfeldzüge. Neue Stillegungen und Massenentlassungen sind angekündigt. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten sind betroffen.

In zahlreichen Betrieben reagierten die betroffenen Belegschaften auf entsprechende Nachrichten mit Warnstreiks und Protestdemonstrationen. Viele tausend Kollegen waren in den letzten Wochen und Monaten an derartigen Aktionen beteiligt.

Diese Aktionen, die nicht von der Gewerkschaftsführung organisiert und gewollt sind, beweisen eines: In der Arbeiterklasse wächst die Entschlossenheit, mit Kampfmaßnahmen die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeitsplätze zurückzuschlagen. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß unter den betroffenen Belegschaften zugleich auch resignative Stimmungen eine Rolle spielen. „Wir können ja doch nicht dagegen an, was die da oben machen" — solche Äußerungen sind typisch.

Kommen solche Stimmungen nur aus einem Mangel an Kampfbereitschaft? Nein. Wenn die Kollegen von „denen da oben" sprechen, dann meinen sie nicht nur die Konzerngewaltigen. Sie meinen auch diejenigen, die sich selbst als „Sozialpartner" der Konzernherren bezeichnen, die DGB-Bonzen. „Die stecken doch mit den Unternehmern unter einer Decke!" Auch das ein typischer Ausspruch.

Und haben die Kollegen damit etwa nicht recht? Sie haben vollkommen recht! Die scheinheiligen Proteste der DGB-Bonzen gegen die Arbeitsplatzvernichtung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nichts tun, um diese Angriffe durch die Mobilisierung gewerkschaftlicher Kraft zu durchkreuzen. Im Gegenteil. DGB-Führer wie Loderer haben mehrfach zugegeben, daß sie grundsätzliche Befürworter der kapitalistischen Rationalisierung sind, daß sie die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen keineswegs prinzipiell ablehnen. Loderer: „Wo eine Kapazität langfristig nicht mehr sinnvoll ist, dort wird sich die IGM einem Abbau nicht widersetzen."

Einigkeit macht stark! Um die Rationalisierungspläne der Konzerne zu stoppen, müssen gemeinsame Aktionen aller Betroffenen organisiert werden.

Nehmen wir die Stahlindustrie. In letzter Zeit nehmen die Rationalisierungsfeldzüge der Stahlbarone nicht nur an der Saar, sondern auch im Ruhrgebiet zunehmend konkrete Formen an. Hoesch, Thyssen und Mannesmann haben die Stillegung einer Reihe von Werken und Produktionsanlagen angekündigt. Warum hat die IGM-Führung bis heute weder an der Ruhr noch an der Saar eine zentrale Demonstration gegen diese Pläne organisiert?

Es gibt im übrigen auch weitergehende Kampfmaßnahmen, die durchaus möglich und nicht utopisch sind: etwa ein gemeinsamer Warnstreik aller Stahlarbeiter (natürlich nicht nur als verlängerte Frühstückspause, sondern beispielsweise eine ganze Schicht lang).

Und dort, wo es ernst wird mit Stillegung oder mit Kapazitätsabbau und Entlassungen, muß die Gewerkschaft dann eben auch unbefristete Streiks organisieren. Die Kollegen bei MANNESMANN—Kammerich in Bielefeld-Brackwede haben es uns vorgemacht. Im August streikten sie sechs Tage lang gegen die geplante Verlagerung des Kammerich-Werkes aus Bielefeld.

Der Erfolg blieb nicht aus: Das Werk in Brackwede bleibt. Der Bau einer neuen Fließpresse, den die Bosse bereits hatten stoppen lassen, wurde wieder aufgenommen.

Die 450 Mann von Mannesmann-Kammerich streikten gegen den Willen der IGM-Bonzen. Die haben die ganze Zeit nur abgewiegelt und zu spalten versucht und auch die Streikkasse haben sie nicht geöffnet. Nur zwei Organisationen haben den Streik unterstützt: Die RGO und die KPD/ML.

13 000 Beschäftigte sollen im kommenden Jahr bei AEG auf die Straße gesetzt werden! In zahlreichen Protestaktionen haben die Belegschaften verschiedenster AEG-Konzern-Betriebe ihren Widerstandswillen demonstriert. Jedoch ist diese spontane Bewegung naturgemäß zersplittert. Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaftsführer, dem abzuhelfen, indem sie zu gemeinsamen Aktionen aufrufen. Bis heute jedoch ist nichts dergleichen geschehen!

Wenn der Arbeitsplatzkiller Dr. Cipa mit seinen Stillegungsplänen durchkommt, dann wird er dies den Herren Vetter, Loderer und Konsorten zu verdanken haben!

Am 3. Dezember, wenn diese Ausgabe des *Roten Morgen* noch im Druck ist, tagt der Aufsichtsrat des AEG-Konzerns. Ein guter Anlaß für eine gleichzeitige Aktion aller AEG-Belegschaften. Die IGM-Führung hat jedoch nichts dergleichen vorbereitet.

Bis zum heutigen Tag hat die IGM-Führung noch nicht einmal ein gemeinsames Flugblatt für alle AEG-Beschäftigten herausgebracht. Als einzige Organisation hat die RGO bisher ein solches Flugblatt erstellt und es, soweit sie dazu in der Lage war, im Konzern verbreitet.

In diesem Flugblatt wird dazu aufgerufen, am 3. Dezember einen gemeinsamen Warnstreik in allen AEG-Betrieben zu organisieren. Da die RGO jedoch bei AEG noch ziemlich klein ist, steht es nicht in ihrer Macht, zu garantieren, daß es zu einer solchen gemeinsamen Aktion auch tatsächlich kommt.

Die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeitsplätze werden weitergehen. Sie werden künftig noch zahlreicher und brutaler werden. Dagegen muß geballte gewerkschaftliche Kraft ins Feld geführt werden!

Den Boykott solcher gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen durch die DGB-Bonzen müssen wir durchbrechen! Gleichzeitig müssen wir zur Verhinderung von Stillegungen selbständige Streikkämpfe organisieren und unterstützen, soweit es möglich ist. Um sowohl das eine wie das andere schaffen zu können, brauchen wir die RGO. Wir müssen die RGO stark machen!

Deutsche Welle: 90 Prozent für Streik

KÖLN.— Bei einer Urabstimmung, die unter den organisierten Beschäftigten des Rundfunksenders Deutsche Welle von der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) durchgeführt wurde, haben sich 90 Prozent der Kollegen für Streik ausgesprochen. Es geht um einen Manteltarifvertrag für die 1 400 Beschäftigten des Senders. Der Intendant weigert sich seit längerem, den Tarifvertrag zu unterschreiben. 77 Prozent der 822 Stimmberechtigten hatten sich an der Urabstimmung beteiligt. Am Donnerstag vorletzter Woche hatten 250 Mitarbeiter des bundeseigenen Rundfunksenders bereits aus Protest gegen die Haltung des Intendanten für eine dreiviertelstunde die Arbeit niedergelegt.

IBFG-Kongreß in Madrid

Weiter auf Spaltungskurs

Aufnahmeantrag der Comisiones Obreras nicht behandelt

MADRID.— In der spanischen Hauptstadt fand kürzlich der 12. Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) statt. Die größte Gewerkschaft Spaniens, die Comisiones Obreras, die unter der Führung der spanischen Eurorevisionisten Carillos steht, hat einen Aufnahmeantrag gestellt

Der IBFG wurde im Jahr 1949 von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen als Werkzeug der Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegründet. Politisch-ideologische Grundlage des IBFG war von Anfang an der Antikommunismus, er war eine internationale sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft.

Das hinderte den IBFG später allerdings nicht, die von Berlingures eurorevisionistischen KP Italiens geführte revisionistische Gewerkschaft Italiens, die einen Verbund mit der „sozialistischen" Konkurrenzgewerkschaft gebildet hat, in seinen Verband aufzunehmen. Allerdings paßte das den Reaktionären des amerikanischen Verbandes AFL/CIO nicht. Sie zogen sich wegen solcher „Kompromisse" gegenüber den Revisionisten aus dem IBFG zurück.

Wer jetzt geglaubt hat, die Comisiones Obreras, die größte Gewerkschaft Spaniens, würde auf dem 12. Kongreß in den IGBF als Mitglied aufgenommen, hatte sich getäuscht. Der Aufnahmeantrag wurde nicht behandelt.

Nach wie vor ist die spanische Gewerkschaftsbewegung im IBFG nur durch die kleinere UGT vertreten, die von „Sozialisten" unter Philipe Gonzales beherrscht wird.

Die Haltung der IBFG-Bonzen entlarvt ihre Phrasen von internationaler Solidarität als Heuchelei. Heute ist die internationale Solidarität, insbesondere auch der gemeinsame Kampf der Arbeiter in Westeuropa gegen die Rationalisierungsfeldzüge der EG-Monopole, notwendiger denn je. Aber die IBFG-Bonzen setzen ihren provokatorischen Spalterkurs trotzdem fort. Übrigens: Das große Wort im IBFG führen — na wer schon? — die DGB-Führer.

Die Sowjetunion unter der Führung J.W. Stalins

Eine Verschwörung gegen die Sowjetmacht wird zerschlagen

Zu den Moskauer Prozessen 1936 - 1938

In den bürgerlichen Medien unseres Landes — einschließlich ihrer Anhängsel wie „Rote Fahne“ oder „Arbeiterkampf“ — hat die antistalinistische Hetze nach wie vor Hochkonjunktur. Je weiter sich die kapitalistische Krise verschärft und je deutlicher sich damit für die Arbeiterklasse die Frage nach einem grundsätzlichen Ausweg aus diesem System stellt, desto breiter wird die Welle einer angeblichen Enthüllungsliteratur über den „stalinistischen Terror“, die auf nichts anderes zielt als auf die Verleumdung des sozialistischen Systems.

In diesem Jahr jährt sich zum einhundertsten Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung, war Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt. Anläßlich des einhundertsten Geburtstages haben zahlreiche marxistisch-leninistische Organisationen und Parteien — darunter die KPD/ML — das Jahr 1979 zum Stalin-Jahr erklärt. Sie nehmen das Jahr zum Anlaß, um Stalin und sein Werk verstärkt zu würdigen und gegen die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Angriffe zu verteidigen (Text der Erklärung: „Roter Morgen“ Nr. 31/79). Der „Rote Morgen“ befaßt sich in einer Reihe von Artikeln mit Stalin und seiner Politik.

Der *Spiegel* etwa präsentierte kürzlich über mehrere Nummern hinweg angebliche Memoiren des vor einigen Jahren gestorbenen sowjetischen Komponisten Schostakowitsch. In diesem Machwerk wird unter anderem allen Ernstes behauptet, das Komponieren einer westlich beeinflußten Partitur habe zu Stalins Zeiten den betroffenen Künstler unweigerlich unters Schafott gebracht. Der *Arbeiterkampf* feierte in seiner jüngsten Ausgabe gar einen Mann, der sonst bevorzugt für die Springerpresse arbeitet, nämlich Wolfgang Leonhard mit seinem antikommunistischen Standardwerk „*Die Revolution entläßt ihre Kinder.*“

All diese Machwerke haben gemeinsam, daß sie Lügen, Halbwahrheiten und Verdrehungen über die Stalinsche Sowjetunion anhäufen. Ihre Stoßrichtung ist stets die gleiche: die proletarische Staatsmacht wird als ein Terrorregime über die Werktätigen hingestellt, das jede vom offiziellen Kurs abweichende Meinung mit Arbeitslager oder sogar mit dem Tod bestraft. Und in keinem dieser Machwerke fehlt der Hinweis auf die Moskauer Prozesse. Denn — das ist die Rechnung ihrer Urheber — wenn man erst einmal klar gemacht hat, daß Stalin sogar die Spitzen seiner eigenen Partei liquidiert hat, dann braucht man nicht mehr groß zu beweisen, daß der „Terror des Regimes“ auch den kleinen Mann getroffen hat. Dann hat man den Boden vorbereitet, um solche Lügen an den Mann zu bringen wie die, daß die staatlichen Organe zur Zeit Stalins Millionen Menschen umgebracht hätten.

Verschärfung des Klassenkampfs

Wir wollen im folgenden darstellen, wie es sich mit diesen Moskauer Prozessen wirklich verhalten hat. Zunächst jedoch muß kurz auf die Entwicklung des Klassenkampfs in der Sowjetunion der dreißiger Jahre eingegangen werden. Stalin kennzeichnete diese Entwicklung in einer Rede über die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans im Januar 1933: „Als Ergebnis der Verwirklichung des Fünfjahrplans auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels haben wir in allen Sphären der Volkswirtschaft das Prinzip des Sozialismus durchgesetzt und aus ihnen die kapitalistischen Elemente vertrieben.

Wozu muß das in bezug auf die kapitalistischen Elemente führen, und wozu hat es in der Tat geführt?

Das hat dazu geführt, daß die letzten Reste der sterbenden Klassen: die Privatindustriellen und ihr Anhang, die Privathändler und ihre Handlanger, die ehemaligen Adligen und Popen, die Kulaken und ihre Helfershelfer, die ehemaligen weißen Offiziere und Landpolizisten, die ehemaligen Polizisten und Gendarmen, die verschiedenen bürgerlichen Intellektuellen chauvinistischer Färbung und alle sonstigen antisowjetischen Elemente aus dem Geleise geworfen wurden.

Diese Ehemaligen, die aus dem Geleise geworfen wurden und sich über das ganze Gebiet der UdSSR verstreut haben, verkrochen sich in unseren Werken und Betrieben, in unseren Institutionen und Handelsorganisationen, in den Eisenbahn- und Schiffahrtbetrieben und hauptsächlich in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Sie verkrochen sich und versteckten sich dort unter der Maske von Arbeitern und



Die Führer der KPdSU(B) tragen den Sarg des von der Konterrevolution ermordeten Genossen Sergej Kirow

Bauern, wobei sich der eine oder andere von ihnen sogar in die Partei einschlich.

Was brachten sie dorthin mit? Natürlich die Gefühl des Hasses gegen die Sowjetmacht, das Gefühl erbitterter Feindschaft gegen die neuen Wirtschafts-, Lebens- und Kulturformen.“

Stalin stellte in dieser Rede ausführlich die Sabotagearbeit der antisozialistischen Elemente dar. Er warnte eindringlich davor, zu glauben, mit der Vernichtung der alten Ausbeuterklassen habe sich auch der Klassenkampf abgeschwächt. „Man muß im Auge behalten“, sagte er, „daß die wachsende Macht des Sowjetstaates den Widerstand der letzten Überreste der sterbenden Klassen verstärken wird. Gerade weil sie im Sterben liegen und ihre letzten Tage fristen, werden sie von den Vorstößen der einen Form zu Vorstößen in anderen, schärferen Formen übergehen, an rückschrittliche Schichten der Bevölkerung appellieren und sie gegen die Sowjetmacht mobilisieren.“

Mordanschläge der Konterrevolution

Und damit behielt Stalin recht. Die Konterrevolution in der Sowjetunion ging von der organisierten Sabotage an der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, vom Diebstahl an sozialistischem Eigentum, von der antikommunistischen Propaganda direkt über zum Terrorismus, zu der planmäßigen Ermordung von hohen Funktionären der Sowjetmacht. Ein Einschnitt in dieser Entwicklung war der feige Mord an dem Genossen Sergej Kirow im Dezember 1934. Kirow, Mitglied des Politbüros der KPdSU(B) und Sekretär der Leningrader Parteiorganisation war bezeichnenderweise mit der Aufdeckung einer weitverzweigten Verschwörung befaßt, als er Opfer des konterrevolutionären Terrors wurde.

Und er blieb nicht das einzige Opfer. Allein im Jahre 1935 wurden tausend Sabotageakte registriert, mehr als hundert Partei- und Staatsfunktionäre wurden bei Attentaten und anderen Terrorakten ermordet. Darunter waren auch die Genossen W.W. Kuibyschew, Mitglied des Politbüros der KPdSU(B) und I. Menshinski, der Leiter des Sicherheitsdienstes NKWD. Auch der große Sowjetschriftsteller Maxim Gorki, ein enger Freund Stalins, fiel einem konterrevolutionären Attentat zum Opfer.

Das war die Situation Mitte der dreißiger Jahre, der Hintergrund der Moskauer Prozesse. Zurecht hatte Stalin von einer Verschärfung des Klassenkampfes gesprochen und die Partei und alle Werktätigen zu verstärkter Wachsamkeit aufgerufen. Denn worum ging es in diesen Jahren? Die Konterrevolution, in den langen blutigen Kämpfen des Bürgerkriegs niedergerungen, hatte sich nicht endgültig geschlagen gegeben. Mit buchstäblich allen Mitteln ging sie daran, den Sieg der Oktoberrevolution rückgängig zu machen, der Arbeiterklasse die Macht wieder aus den Händen zu schlagen und die kapitalistische Ausbeuterordnung wieder herzustellen. Und in diesem Ziel trafen sich die unterschiedlichsten Strömungen und Elemente der Konterrevolution, von den enteigneten Grundbesitzern und Kapitalisten bis zu den alten zaristischen Militärs und den Führern der aufgelösten bürgerlichen Parteien und Gruppierungen. Wie später deutlich wurde, waren all diese Elemente immer mehr dazu übergegangen, ihre konterrevolutionäre Tätigkeit abzustimmen und — mit der Hilfe der ausländischen imperialistischen Mächte — zu einer einheitlichen Stoßrichtung zu vereinen.

Die Sowjetmacht schlägt zurück

Sollte aber die proletarische Staatsmacht diesem konzentrierten Angriff tatenlos zusehen? Natürlich tat sie das nicht. Denn der Sieg der Konterrevolution hätte für die Werktätigen der Sowjetunion nichts anderes bedeutet als das erneute Joch von Ausbeutung und Unterdrückung. Es war ein Kampf auf Leben und Tod, und die Sowjetmacht schlug erbarmungslos zu, um diesen Kampf für das Proletariat und die werktätige Bauernschaft zu entscheiden. Unter der Führung der Partei und gestützt auf die Massenorganisationen wurde eine breite Kampagne zur Säuberung der staatlichen Einrichtungen von Klassenfeinden entfaltet. Ein Ergebnis dieser Massenkampagne war auch die Tatsache, daß sich in den Jahren von 1935 bis 1938 insgesamt 140000 Menschen vor den Gerichten der Arbeitermacht zu verantworten hatten.

Die bürgerliche Propaganda hat diese Tatsache stets in ihr Gegenteil verfälscht. Sie hat niemals zugegeben, daß es sich hier um die Unterdrückung von Vertretern der alten Ausbeuterklassen durch die Arbeitermacht handelte, sondern versucht, die erwähnte Kampagne als Terrorisierung der Werktätigen durch die Partei hinzustellen. Und aus 140000 Verurteilten sind dann gleich noch ein paar Millionen gemacht worden. Ein kurzer Blick auf die ja reichlich vorhandenen Materialien über die in voller sozialistischer Gesetzmäßigkeit durchgeführten Prozesse zeigt jedoch in aller Deutlichkeit, aus welchen Schichten die Verurteilten kamen.

So wird beispielsweise in einer Statistik aus Leningrad festgehalten, daß in dieser Stadt bis zum 16. März 1936 insgesamt 1094 Personen wegen sowjetfeindlicher Tätigkeit oder Spionage für ausländische Mächte verhaftet und angeklagt worden sind. Unter diesen Personen waren im einzelnen 547 frühere Generäle der Zarenarmee und der weißgardistischen Armeen, 142 frühere zaristische Beamte, 133 frühere Beamte der zaristischen Polizei, 41 frühere Prinzen, 109 frühere Grafen und Barone, 68 frühere Gutsbesitzer, 25 frühere Industrieeigentümer und 19 frühere Kaufleute. Die Reste der in der Revolution gestürzten Klassen also, von denen Stalin in seiner eingangs angeführten Rede gesprochen hatte. Wobei noch einmal ausdrücklich gesagt werden muß, daß keiner dieser Menschen wegen seiner Klassenzugehörigkeit bestraft wurde oder dafür, daß seine **Meinungen** nicht mit der proletarischen Linie der Partei übereinstimmten, sondern ausschließlich wegen verbrecherischer **Taten** gegen die Sowjetmacht.

Das galt auch für die drei Prozesse, die damals das größte Aufsehen erregten: die Prozesse gegen das „Trotzkistisch-sinowjewistische Terroristische Zentrum“ im Jahre 1936, gegen das „sowjetfeindliche Trotzkistische parallele Zentrum“ im Jahr 1937 und gegen den „Block der Rechten und Trotzkisten“ im Jahre 1938. In diesen Prozessen standen Personen vor Gericht, die zum Teil sehr hohe Funktionen in der Partei und im Staatsapparat bekleidet hatten, darunter Sinowjew, Kamenew, Pjatakow, Radek und Bucharin.

Vom Fraktionismus zum Terror

Aber wie war es möglich, daß sich solche ehemaligen Führer der KPdSU(B) in einer Reihe mit früheren zaristischen Generälen vor den Gerichten der Sowjetmacht zu verantworten hatten? Nun, die antisozialistische Tätigkeit der Sinowjew und Co. war Mitte der dreißiger Jahre durchaus keine sensationelle Enthüllung. Schon in den zwanziger Jahren hatten die Sinowjewleute offen und verdeckt gegen die Partei gearbeitet; sie hatten unter anderem versucht, sich der für das Land lebensnotwendigen Industrialisierung entgegenzustemmen. Die Sinowjewleute dachten damals nicht im Traum daran, sich den Beschlüssen der Partei unterzuordnen. Ebenso wie die Oppositionsgruppe um Leo Trotzki betrieben sie weiter auf fraktioneller Basis ihre Wühltätigkeit.

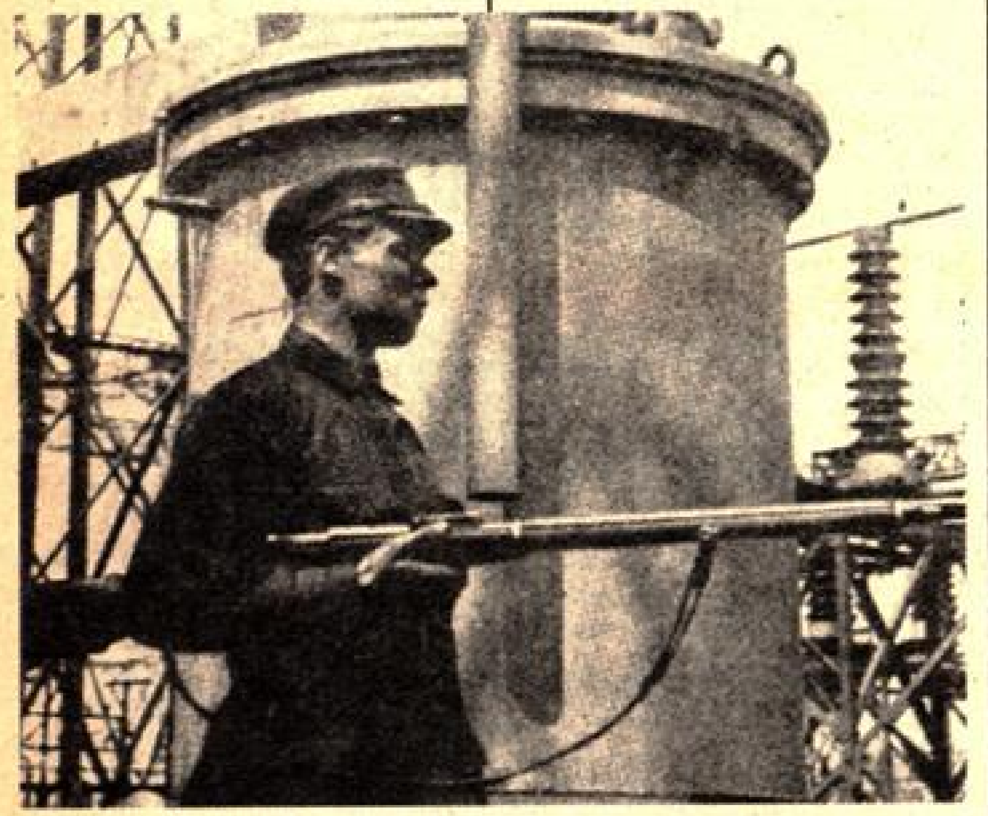
Und deshalb wurden sie schließlich auch aus der KPdSU(B) ausgeschlossen. Aber wohlgemerkt: Keiner von ihnen ist wegen seiner oppositionellen Tätigkeit vor Gericht gestellt worden. Die Partei ist in den zwanziger Jahren sogar so weit gegangen, dreimal das Oppositionsprogramm und das Parteiprogramm bei den Parteiwahlen abstimmen zu lassen. (Dabei entschieden sich von über 750000 Mitgliedern ganze 4000 — fast ausschließlich aus dem Hochschul- und Kulturbereich — für das Programm der Opposition). Ja, Sinowjew und andere wurden sogar wieder in die Partei aufgenommen, nachdem sie wegen ihrer schwerwiegenden Fehler Selbstkritik geleistet hatten.

Diese Selbstkritik jedoch war durch und durch verlogen. Wie sich später herausstellte, setzten sowohl die Gruppe um Sinowjew wie auch die um Trotzki ihre Tätigkeit fort, sie schlossen sich gegen die Sowjetmacht zusammen und stellten schließlich ihren Kampf gegen die Diktatur des Proletariats auf eine neue Stufe — die des individuellen Terrors gegen die Führer von Partei und Staatsmacht, der Versuche des gewaltsamen Sturzes der proletarischen Diktatur.

Und das war der springende Punkt bei den Moskauer Prozessen. Wegen dieser terroristischen Tätigkeit standen

Sinowjew und all die anderen vor Gericht. Hatten Sinowjew und Kamenew schon ein Jahr vor dem ersten der Moskauer Prozesse gestanden, daß sie die politische und moralische Verantwortung für den Mord an Kirow und anderen Genossen tragen würden, so konnte ihnen jetzt anhand des umfangreichen Tatsachenmaterials nachgewiesen werden, daß sie die unmittelbaren Organisatoren und Auftraggeber dieser Terrorwelle waren.

Die Motive für ihre Fortsetzung der Oppositionstätigkeit der zwanziger Jahre durch terroristische Mittel erhellen die Aussagen Kamenews vor Gericht. Er sagte im August 1936: „Die terroristische Verschwörung wurde von mir, Sinowjew und Trotzki organisiert und geleitet; ich war zu der Überzeugung gekommen, daß die Politik der Partei, die Politik ihrer Führung gesiegt hatte, und zwar in dem einzigen Sinne, in dem ein politischer



Rotarmisten schützen die Stromleitungen vor Saboteuren

Sieg im Lande des Sozialismus möglich ist, nämlich daß diese Politik von den werktätigen Massen gutgeheißen worden ist. Unsere Hoffnung auf die Möglichkeit einer Spaltung in der Parteiführung war ebenfalls zunichte gemacht worden. Wir hatten auf die rechte Gruppe Rykows, Bucharins, Tomskis gerechnet. Die Entfernung dieser Gruppe von der Führung und ihre Diskreditierung vor den Werktätigen schlugen uns auch diesen Trumpf aus der Hand. Auf irgendwelche ernste innere Schwierigkeiten, die den Sturz der Führung der Partei zur Folge haben könnten, welche das Land durch die schwierigsten Etappen, durch die Industrialisierung und die Kollektivierung geleitet hatte, war nicht zu rechnen. Es blieben zwei Wege übrig: entweder den Kampf gegen die Partei ehrlich und vollständig einzustellen, oder ihn fortzusetzen, aber schon ohne jede Hoffnung auf jede wie immer geartete Massenunterstützung, ohne politische Plattform, ohne Banner, das heißt mit Hilfe des individuellen Terrors. Wir haben den zweiten Weg gewählt."

Solche Geständnisse, wie das hier angeführte, hat die bürgerliche Propaganda stets dadurch zu entwerten versucht, daß sie sehr ausgiebig über die „Gehirnwäsche" der Angeklagten und ähnliches spekulierte. Aber erinnern wir uns daran, daß der gleiche Kamenew noch ein Jahr zuvor in seinem damaligen „Geständnis" ebenso wie sein Mitverschwörer Sinowjew jede direkte Beteiligung an dem Kirow-Mord abgestritten hatte. Und auch jetzt sagte er wieder nur die halbe Wahrheit. Es war nämlich — wie sich später im Prozeß gegen den „Block der Rechten und Trotzkisten" herausstellte — durchaus nicht so, daß Kamenew, Trotzki und Sinowjew einfach nur auf die rechte Bucharin-Gruppe „gerechnet" hatten. Vielmehr waren sie längst mit dieser Gruppe zu einem einheitlichen terroristischen Block verschmolzen. Kamenew war also durchaus bei klarem und berechnendem Verstand, als er seine Aussage machte. Seine, wie auch die Devise der meisten anderen Angeklagten, war: nur das zugeben, was unwiderlegbar bewiesen ist; den Rest leugnen, um zu retten, was noch zu retten war.

Der letzte der Moskauer Prozesse enthüllte — wie gesagt — die Tatsache, daß in der Sowjetunion ein organisierter konterrevolutionärer Block bestand, der Führer der ehemaligen Parteiopposition vereinte. Und nicht nur sie. Mit diesem Block standen auch die Spitzen der aufgelösten bürgerlichen Parteien, die verschiedenen reaktionären nationalistischen Gruppen, ehemalige Zarengeneräle in Verbindung, kurz: alles, was sich zum Sturz der Sowjetmacht verschworen hatte. Dieser konterrevolutionäre Block hatte zwar keine Unterstützung bei den Massen, dafür aber engge knüpfte Verbindungen zu den imperialistischen Staaten, vor allem zum faschistischen Deutschland. Letzteres ist in der Logik der Entwicklung, die die Verschwörung genommen hatte, nur konsequent. Wo man — wie Kamenew selbst eingestand — nicht auf einen Anklang bei den Massen hoffen konnte, da blieb als Unterstützung für den Sturz der Sowjetmacht nur noch die Hoffnung auf eine ausländische Aggression gegen den jungen Arbeiterstaat.

„Am Bestehen einer Verschwörung kann nicht gezweifelt werden".

Das waren also die Moskauer Prozesse. Noch heute versucht die reaktionäre Propaganda allerorten daraus ihr Kapital zu schlagen. Die Tatsachen jedoch, von denen hier einige dargestellt wurden, werden dabei wohlweislich verschwiegen. Unter den Tisch fallen dabei auch solche bürgerlichen Stimmen, die — aus den verschiedensten Gründen — die Wahrheit über die Moskauer Prozesse wiedergeben. Wir wollen hier nur zwei davon anführen. Zunächst den damaligen amerikanischen Botschafter in Moskau, Joseph Davies. Er unterrichtete den Senator Byrnes in einem Brief vom 18. Februar 1937 über die Prozesse (bei einem solchen Bericht sind natürlich Tatsachen und keine Propagandaphrasen gefragt). Da heißt es also: „Die Auffassung überwiegt, daß, wenn man auf Grund der Verhandlungen objektiv abwägt, die Regierung die Berechtigung ihrer Anklage wenigstens so weit erwiesen hat, daß am Bestehen einer Verschwörung gegen die jetzige Regierung nicht gezweifelt werden kann."

Der zweite Zeuge aus dem bürgerlichen Lager, den wir hier anführen wollen, ist Jules Humbert-Droz. Er war in den dreißiger Jahren einer der Sekretäre der Kommunistischen Internationale, ging während des Krieges ins Lager der Sozialdemokratie über und wurde Sekretär der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz. In seinen Memoiren berichtet er über ein Zusammentreffen mit Bucharin im Jahr 1929.

„Wir hatten ein langes und offenherziges Gespräch, in welchem er (Bucharin) mir von den Kontakten erzählte, die seine Gruppe mit der Fraktion Sinowjew-Kamenew aufgenommen hatte, um den Kampf gegen Stalins Macht zu koordinieren. Ich verbarg nicht vor ihm, daß ich diese Verbindung zwischen den Oppositionsgruppen nicht billigte. — Bucharin teilte mir ebenfalls mit, daß sie beschlossen hätten, sich des individuellen Terrors zu bedienen, um Stalin loszuwerden. An diesem Punkt machte ich ihm ebenfalls deutliche Einwendungen geltend."

Statt anhand solcher Dokumente die Wahrheit über die Moskauer Prozesse darzustellen, druck jedoch auch ein *Arbeiterkampf* lieber die abgestandenen Lügen des Wolfgang Leonhard ab und feiert die während der Prozesse zum Tode verurteilten Häupter der Verschwörung gegen den Sowjetstaat als „Führer der Revolution". Eine Kennzeichnung, die immerhin einiges darüber aussagt, was sich der KB-Nord unter einer revolutionären Führung vorstellt.

Die werktätigen Massen in der Sowjetunion allerdings haben während der dreißiger Jahre ihr Urteil über die Sinowjew, Bucharin und Co. gefällt. Die Prozesse, die ja vollständig öffentlich waren, sind von einer beispiellosen politischen Mobilisierung der Arbeiter und Bauern begleitet gewesen. In Betrieben und Genossenschaften wurde auf Massenversammlungen über die Verhandlungen diskutiert. Das Ausmaß der Verschwörung machte jedem revolutionären Werktätigen klar, daß die Wachsamkeit gegenüber der Konterrevolution noch weiter erhöht werden mußte.

In Zehntausenden von Resolutionen, die an die Partei- und Staatsführung gingen, in Massendemonstrationen auf den Straßen wurde die unerbittliche Bestrafung der Verschwörer gefordert. Die sowjetischen Werktätigen nämlich wußten sehr wohl, worum es bei dem Kampf gegen die Verschwörer ging — um Leben oder Tod des ersten sozialistischen Staates.

Literatur-Hinweis

Einige Hinweise für diejenigen Leser, die sich näher über die Moskauer Prozesse und den Kampf gegen die Konterrevolution in der Sowjetunion der dreißiger Jahre informieren wollen:

„Die Wahrheit über Stalin" Unter diesem Titel erscheint demnächst im Verlag Roter Morgen ein Buch, das die reaktionären Lügen über die Politik J.W. Stalins widerlegt. Darin wird auch auf die Moskauer Prozesse eingegangen.

„Die Protokolle der Moskauer Prozesse". Vollständige Protokolle der drei in unserem Artikel erwähnten Prozesse. Drei Bände zusammen 48 Mark, auch einzeln erhältlich. Verlag Roter Morgen.

Sayers/Kahn „Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion" Eine packend geschriebene Darstellung der Verschwörung und ihrer Zerschlagung. 13,50 Mark. Verlag Roter Morgen.

Die staatliche Schnüffelpraxis ist so alt wie die Bundesrepublik

Saarländischer Verfassungsschutz sammelte Fingerabdrücke

Bayern registriert seit 25 Jahren Ostreisende

SAARBRÜCKEN.— Rund 250 Aktenordner mit Hunderttausenden von Fingerabdrücken lagerten bis vor kurzem beim saarländischen Verfassungsschutz. Allein die Existenz dieser Aktenordner verstößt gegen geltendes Recht. Denn es dürfen nur dann Fingerabdrücke von Bundesbürgern gemacht werden, wenn gegen sie ein Strafverfahren eingeleitet wurde.

Daß diese Fingerabdrücke ausgerechnet beim Verfassungsschutz lagerten, zeigt einmal mehr, daß diese staatliche Behörde mit allen Mitteln sämtliche verfügbaren Informationen über die Bevölkerung sammelt und dabei die wenigen Rechtsnormen, die sie an der Ausübung ihrer umfassenden Spitzeleien stören könnten, gewissenlos bricht und umgeht, ohne jemals dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die Affäre geht in die Zeit der französischen Besatzung zurück. Alle saarländischen Bürger, die während der französischen Besatzungszeit einen Personalausweis beantragten, mußten gemäß einer Verordnung vom Februar 1948 neben dem Paßfoto auch ihre Fingerabdrücke einreichen. Die Fingerabdrücke wurden mit französischer Genehmigung im saarländischen Innenministerium gelagert. 1956 kam das Saarland per Volksabstimmung zur Bundesrepublik. Von da ab verstieß die Lagerung der Fingerabdrücke gegen bestehendes Recht.

Heute will niemand mehr wissen, wie die Aktenordner zum Verfassungsschutz gelangt sind. Innenminister Alfred Wilhelm, der politisch für den saarländischen Verfassungsschutz verantwortlich ist, hat die heiße Ware in sein Ministerium einschließen lassen und versichert, prüfen zu lassen, ob das Material unter Umständen mißbräuchlich genutzt worden sei, was eigentlich eine mehr als dumme Frage ist, denn der Verfassungsschutz wird sich das Material bestimmt nicht an Land gezogen haben, um seine Bücherregale damit zu dekorieren. Bezeichnenderweise denkt der Innenminister keineswegs an die Vernichtung der illegalen Unterlagen.

Sicherlich haben die Fingerabdrücke heute im Zeitalter der Datenbänke und elektronischen Bespitzelung nur noch untergeordneten Wert, anders als Mitte der 50er Jahre, als die Fingerabdruckkartei ihren Besitzer wechselte. Immerhin aber zeigt diese erneute Affäre, in die der Verfassungsschutz verwickelt ist, daß dieses Amt von Anfang an die Aufgabe hatte, das ganze Land in sein Netz der Schnüffelei und Bespitzelung durch den Staat zu verstricken, um jede oppositionelle Regung schon im Keim zu erkennen und zu registrieren.

MÜNCHEN.— Noch hat sich die öffentliche Meinung nicht über die skandalösen Asyl-Affären der bayrischen Staatsregierung mit Franz Josef Strauß an der Spitze und Innenminister Tandler an der Seite beruhigt, kommt die nächste, nicht minder skandalöse Hormeldung aus dem Freistaat.

In Bayern existiert eine Datenbank, in der mit preußischer Gründlichkeit sämtliche in die Tschechoslowakei gereisten Bundesbürger eingespeichert wurden, sofern sie für die Einreise die bayrische Grenze benutzten.

Die Registrierung der Grenzgänger wird seit 1952 betrieben. Automatisch werden die auf diese Weise erlangten Materialien dem Bundesnachrichtendienst überstellt. Doch auch Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Verfassungsschutzagenten können auf dem Wege der Amtshilfe in den Genuß der bayrischen Datensammlung gelangen.

Einmal mehr zeigt sich, daß das ohnehin schon auf dem Papier völlig unzulängliche Datenschutzgesetz das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben steht. Schon bevor es elektronisch betriebene Datenbänke in großem Umfang gab, schnüffelte und spitzelte der Staat die Gesinnung seiner Bürger skrupellos aus, wo immer er konnte. Der technische Fortschritt wird den Schnüffelstaat weiter perfektionieren.

Kulturbund-Kongreß mit Polizeigewalt aufgelöst

Anwendung des KPD-Verbots

FRANKFURT.— Der Demokratische Kulturbund der Bundesrepublik, eine maßgeblich von der DKP beeinflußte Organisation, in der auch Sozialdemokraten mitarbeiten, ist auf Befehl der hessischen Landesregierung (SPD) unter skandalösen Umständen an der Abhaltung seines 12. Kongresses gehindert worden.

Nachdem dem Kulturbund schon die Räume des Frankfurter Jugendhauses verweigert worden waren, sollte der Kongreß im Bürgerhaus Mörfelden-Walldorf, südlich von Frankfurt gelegen, stattfinden.

Als die etwa 70 Delegierten mit dem Bus dort eintrafen, wurde ihnen von einem 150 Mann starken Polizeikommando der Eintritt verwehrt, mit dem Hinweis, der Kongreß sei verboten. Selbst zum Abendessen kam die Polizei mit, um zu überwachen, daß nicht etwa politische Unterhaltungen geführt wurden, ist in irgendeinem Zusammenhang mit dem verbotenen Kongreß stehen könnten.

Dies ist eine schwere Provokation gegen alle demokratisch gesonnenen Menschen. Offensichtlich scheren sich die staatlichen Organe immer weniger um die auf dem Papier noch verbrieften Rechte wie Meinungs- und Koalitionsfreiheit.

Begründet wurde das Kongreßverbot mit einer Entscheidung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, der 1959 unter Berufung auf das KPD-Verbot den Kulturbund zu einer verbotenen Organisation erklärt hatte.

Der Kampf gegen das Verbot der KPD im Jahre 1956 ist heute aktueller denn je, wird es doch — wie der Fall des Kulturbundes zeigt — nicht nur als eine Möglichkeit betrachtet, die KPD/ML als Nachfolgeorganisation der KPD zu verbieten, sondern auch immer mehr als Mittel, allen nach links strebenden politischen Kräften die politischen Grundrechte zu entziehen. Der Kampf gegen das KPD-Verbot ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.



Ein Polizeioffizier hat dem Sekretär des Kulturbundes eine Verfügung über das Verbot des Kongresses überreicht

„Von Stalin lernen heißt siegen lernen"

Großveranstaltung der KPD/ML zum Stalin-Jahr

Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender des ZK der KPD/ML



Am 21. Dezember jährt sich zum hundertsten Mal der Geburtstag des Genossen Josef W. Stalin. Sein Name ist ebenso wie der Lenins verbunden mit dem Sieg der Oktoberrevolution, der eine neue Etappe in der Geschichte der Menschheit einleitete.

Stalins Name steht für die Festigung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus im ersten sozialistischen Land der Geschichte. Unter Stalins Führung warf die Sowjetunion den Hitler-Faschismus nieder und schuf so die Grundlage für das Entstehen eines Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden.

J. W. Stalin war der Fortsetzer des großen Werks von Marx, Engels und Lenin. Er stand zu seinen Lebzeiten an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung, der er eine klare, revolutionäre Orientierung gab. **„Von Stalin lernen heißt siegen lernen"** — das war damals und ist auch heute eine Losung für das um soziale und nationale Befreiung kämpfende Proletariat in der kapitalistischen Welt.

Unter diese Losung hat unsere Partei auch ihre Großveranstaltung zum Stalin-Jahr gestellt, zu deren Besuch wir alle Genossen und Freunde der KPD/ML und der Roten Garde aufrufen.

Ort: Essen, „Saalbau", Huyssen-Allee (Nähe Hauptbahnhof)
Zeit: Freitag, 21.12., 20 Uhr, (Einlaß 19 Uhr)

Galerie Cinema:

Galerie Cinema, Essen-Rüttenscheid, Julienstr. 73: Montag, 10.12., 19.30 Uhr, Eintritt 6 DM: Vortrag über albanische Folklore. Titel: „Die Sonne ging auf über den albanischen Bergen..." Referent: Gerhard Stäbler.

Veranstaltungen der



11.12.79, 19.30 Uhr, in SPEYER, Gaststätte „Retschereck", Schützenstr.
12.12.79, 19.30 Uhr, in WEINHEIM, Gaststätte „Zum Weschnitztal"
13.12.79, 19.30 Uhr, in MANNHEIM, „Neuer Neckarpart", Waldhofstr. 76
19.12.79, in HEIDELBERG, Hotel „Nassauer Hof", Innenstadt.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
☐ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30**

Im Rahmen der AEG-Rationalisierungen

Kurzarbeit im Werk Telefunken-Schwedenstraße

Volkskorrespondenz aus Westberlin

1971 war das Werk Telefunken-Schwedenstraße in Westberlin noch ein Großbetrieb mit rund 4000 Beschäftigten. Doch schon bis Ende 1974 war die Belegschaft auf 1860 Beschäftigte zusammengeschrumpft. Zur Zeit sind es noch 1540. Doch der Vernichtungsfeldzug der AEG-Kapitalisten gegen unsere Arbeitsplätze ist damit noch nicht zu Ende. Bis Ende 1981 sollen weitere 500 bis 600 Kollegen „gehen".

Eine wichtige Rolle in den Rationalisierungsplänen der Kapitalisten spielt die Kurzarbeit, die sie in zwei Perioden für Dezember 1979 und Januar 1980 angemeldet haben. Als Grund hat der Vorstand angegeben: zu hohe Lagerbestände. Die Kollegen aber sehen einen anderen Grund: die geplante Verlagerung eines Teils der Produktion (Fernsehbausteine) nach Westdeutschland. In der Zeit der Kurzarbeit nämlich können die Kapitalisten die Umbauarbeiten durchführen lassen, die für eine Verlagerung der Produktion nötig sind.

Das Werk Telefunken-Schwedenstraße ist ein reiner Frauenbetrieb. Angesichts der drohenden Entlassungen sind die Frauen sehr verunsichert. Viele von ihnen sind alleinstehend mit Kindern; viele haben Schulden abzutragen. Der Verlust ihres Arbeitsplatzes hätte für sie unabsehbare Folgen.

Angesichts der bedrohlichen Situation spielt die im Sinne der IGM-Führung ausgerichtete Betriebsratsmehrheit des Werkes Schwedenstraße keine gute Rolle. Statt die Kollegen zum Kampf zu organisieren, hält der Betriebsrat still, tritt sogar als der verlängerte Arm des Unternehmens auf. Jeder Kurzarbeit und allen Stückzahlerhöhungen hat er zugestimmt; die Entlassungen hat er „zur Kenntnis genommen".

Seit der letzten Betriebsratswahl allerdings kann der Betriebsrat nicht mehr in der altgewohnten Weise fortwirtschaften. Zwei revolutionäre Kolleginnen (RGO) wurden in den Betriebsrat gewählt. Sie suchen die Belegschaft zum Widerstand gegen die Rationalisierungsmaßnahmen zu organisieren. Die Losungen sind dabei:

- **Gemeinsames Vorgehen aller AEG-Betriebe!**
- **Keine Werksschließung bei AEG-Telefunken!**
- **Keiner Entlassung darf zugestimmt werden!**

Die Betriebsratsmehrheit sucht den beiden RGO-Kolleginnen die Arbeit so schwer wie nur möglich zu machen. Praktisch jeder Antrag, den sie im Betriebsrat einbringen, wird abgelehnt. Ein Beispiel:

Am 18. Oktober sollte eine Betriebsversammlung zu den anstehenden Problemen stattfinden. Da die Aufsichtsratssitzung erst am 24. Oktober stattfand, stellten die RGO-Kolleginnen den Antrag, die Betriebsversammlung zu verschieben, da man vor dem 24. Oktober mit keiner neuen Information von Seiten der Geschäftsleitung rechnen konnte. Der Antrag wurde abgelehnt. Tags darauf stellte die Geschäftsleitung selbst den Antrag, die Betriebsversammlung zu verschieben. Nun plötzlich wurde der Antrag angenommen.

Den beiden RGO-Betriebsrätinnen werden laufend „Mißbilligungen und Ermahnungen" vom Betriebsrat ausgesprochen, vor allem, wenn sie die IG-Metall-Betriebsräte bloßgestellt haben. Es wird Material gesammelt, um sie irgendwann aus dem Betriebsrat hinauswerfen zu können.

Umschüler formieren sich für ihre Forderungen!

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Vor dem Arbeitsamt Hamburg versammelten sich am 29. November um 10 Uhr 30, einem Aufruf von Schülervertretungen an Hamburger Umschulstätten folgend, ca. 240 Umschüler, um ihren Forderungen nach Unterhaltsgeldfortzahlung im Krankheitsfall ohne jede Unterbrechung und nach der Abschaffung der Fehlzeitenregelung des Runderlaß 39 Nachdruck zu verleihen.

Seit rund zwei Jahren kämpfen Umschüler mit Unterschriftensammlungen, Protestbriefen usw. gegen die unerträgliche Unterhaltsgeldregelung.

Diese Regelung hat zur Folge, daß Umschüler nach einer Krankheit einen Wiederbewilligungsantrag auf Unterhaltsgeld stellen müssen, um weiter Geld zu beziehen. Die Bearbeitung dauert häufig sechs bis acht Wochen. In dieser Zeit stehen wir ohne Geld da. Bei der ohnehin schon schlechten finanziellen Situation - wir bekommen 80% des letzten Nettolohns, unberücksichtigt der so oft notwendigen Zulagen, wie Überstunden, Urlaubsgeld etc. - ist schon eine Reihe von Umschülern gezwungen worden, die Umschulung abzubrechen.

Nach dem Fehlzeitenerlaß ist es dem Arbeitsamt möglich, für stundenweises Fehlen ganze Tage vom Unterhaltsgeld abzuziehen. (Oft ist das Arbeitsamt selbst die Ursache für Fehlzeiten). Der Hinweis auf diese Regelung wurde vom Direktor des Arbeitsamtes zur massiven Einschüchterung der Umschüler benutzt, um sie vom Besuch der Kundgebung fernzuhalten.

Auf der Kundgebung wurde zu diesen Forderungen noch einmal Stellung genommen und über die Aktionen wie Unterschriftensammlungen, Vollversammlungen, Resolutionen etc., die im Bundesgebiet durchgeführt wurden, berichtet. In Hamburg wurden ca. 350 Unterschriften dem Direktor des Arbeitsamtes zur Weiterleitung an die Bundesanstalt für Arbeit übergeben.

Diese Aktionen sind die ersten Ergebnisse des bundesweiten Treffens von Umschülern am 20. Oktober in Köln. Sie stellen den ersten Schritt für den weiteren Kampf der Umschüler zur Verbesserung ihrer Lage dar. Für Hamburg ist ein Aktionstag geplant, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu schaffen.



In mühsamer Arbeit beseitigt ein Bauer notdürftig die Spuren, die die Panzer auf seinen Feldern hinterlassen haben.

Rücksichtslos fuhren die Panzer durch frisch eingesäte Felder

Bergheim, Oeynhausen, Höxter

Verwüstungen durch britische Militärmanöver

Volkskorrespondenz aus Detmold



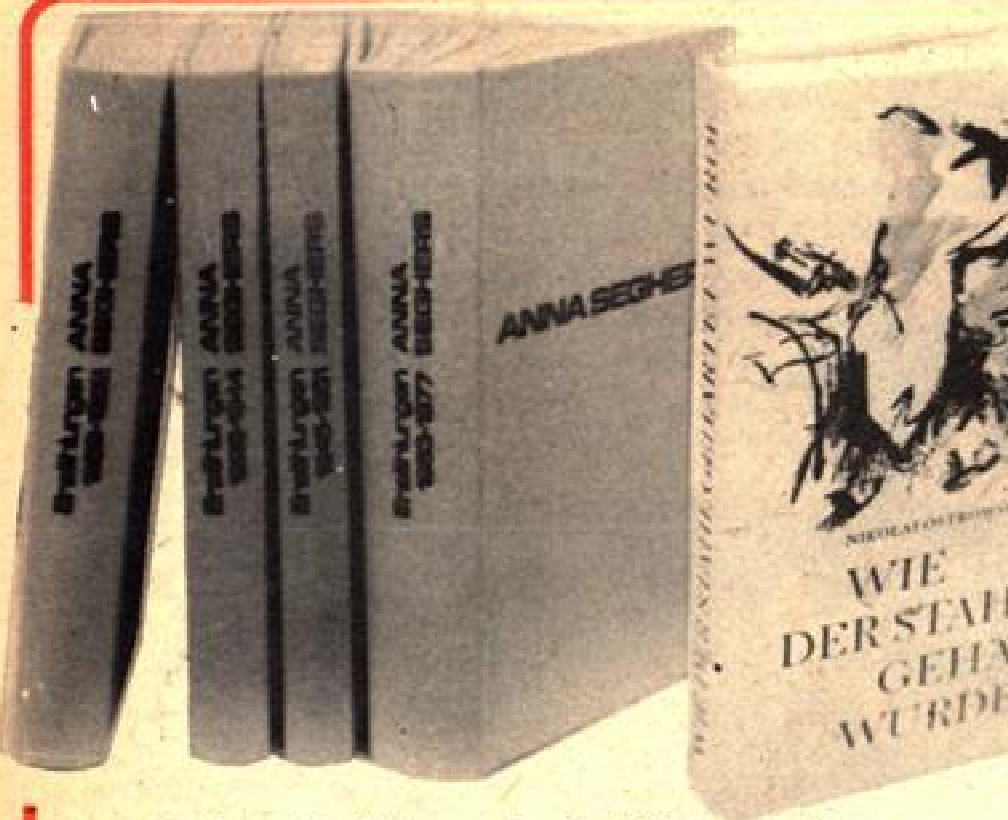
Nach drei Tagen: Die Spuren der durch die Manöver der britischen Besatzungstruppen angerichteten Schäden sind immer noch nicht beseitigt.

Als ich erfuhr, daß die englischen Besatzungstruppen in der Nähe von Detmold ein Manöver durchführten, fuhr ich, mit Kamera und Bleistift bewaffnet, los. Es war Samstag, der 17. November. Im Manövergebiet angekommen, bot sich mir zum Teil ein Bild der Verwüstung und Zerstörung. Am schlimmsten war es in der Nähe von Bergheim, Oeynhausen und Winnebeck im Kreis Höxter. Dort waren die Panzer am 14. November ohne Rücksicht auf die frisch eingesäten Kulturen kreuz und quer über die Felder gefahren, so daß die Äcker teilweise kaum noch als solche zu erkennen waren.

Die Bauern, mit denen ich mich unterhielt, waren durchweg alle unheimlich sauer. So meinte ein Bauer, der mit seinem Sohn gerade beim Aufladen von Rübenblättern war: „Das Schlimme ist, daß wir für die angerichteten Zerstörungen kaum 'was ersetzt bekommen. Die Soldaten sind mit ihren Panzern da langgefahren, als wären sie nicht richtig im Kopf!"

Ein Bauer aus Oeynhausen schimpfte: „Auf einmal kamen 35 Panzer das Tal hoch und sind mitten über die Felder gefahren. Zum Schutz waren noch drei deutsche Polizeiwagen dabei."

Angesichts so großer Empörung haben wir von der Volksfront in Detmold beschlossen, demnächst die betroffenen Bauern zu besuchen, sie mit den Zielen der Volksfront näher bekannt zu machen und sie aufzufordern, sich mit uns gegen diesen Manöverterror zusammenzuschließen.





Anna Seghers: Erzählungen in vier Bänden. In den Erzählungen der Anna Seghers sind, auf literarisch meisterhafte Art, die Lebensfragen und Klassenkämpfe unseres Jahrhunderts gestaltet: der Kampf gegen den Faschismus, der Kampf für den Sozialismus. • **Band I:** Erzählungen 1926 - 44, 10.20 Mark • **Band II:** Erzählungen 1945 - 51, 10.10 Mark • **Band III:** Erzählungen 1952 - 62, 12.70 Mark • **Band IV:** Erzählungen 1963 - 70, 13.70 Mark

Max von der Grün: Wie war das eigentlich? Kindheit und Jugend im Dritten Reich. Das Buch erzählt spannend Geschichte aus der Sicht der kleinen Leute; es ist Geschichtsbuch, Lehrbuch und Anklage gegen die Nazi-Diktatur. Mit Dokumenten und Bildern und einer ausführlichen Literaturliste zum Thema. 263 Seiten. Gebunden. 18.80 Mark. Luchterhand-Jugendbuch.

Nikolai Ostrowski: Wie der Stahl gehärtet wurde. Das spannende Jugendbuch erzählt die Geschichte des jungen Pawel Kortschagin, der, hineingerissen in die Stürme der russischen Oktoberrevolution, seinen Platz an der Seite der Bolschewiken findet. Ein klassischer Sowjet-Roman. Leinen mit Schutzumschlag. 448 Seiten. 9.80 Mark. Weltkreis-Verlag-GmbH. Zu beziehen über Verlag Roter Morgen, Dortmund, Postfach 30 05 26.

Günter Wallraff: Zeugen der Anklage. Die Bildbeschreibung wird fortgesetzt. Vielleicht die aufrüttelnste, politisch brisanteste Neuerscheinung des Jahres 1979. Broschiert. 16.80 Mark. Im Verlag Kiepenheuer & Witsch.

Schallplatten

Mikis Theodorakis: Canto General. Der von Theodorakis vertonte „Große Gesang" ist das Hauptwerk Pablo Nerudas und schildert das Leben der Menschen Südamerikas; er ist eine scharfe Anklage gegen die alten Kolonisatoren Südamerikas und die jetzigen Ausbeuter, den US-Imperialismus. — Live-Aufnahmen eines Konzertes im Karaiskakis-Stadion in Piräus 1975; Doppel-LP mit deutschen Texten (RCA PFL 2/8072). Preis ca. 20 Mark.

Schmetterlinge: Herbstreise — Lieder zur Lage. — Die neuen Lieder der österreichischen Musikgruppe handeln von der politischen Unterdrückung, vom Spitzel- und Denunziantenunwesen, vom Stahlstreik, vom Kampf gegen die AKWs und vom antifaschistischen Widerstand. — LP. Erschienen bei Antagon-Musikgesellschaft, ALP 3230, Preis ca. 15 - 20 Mark.

Kohlengräberland. Werner Worschech singt Texte von Heinrich Kämpchen. Worschechs eindringliche und schnörkellose Interpretation macht die Gedichte des alten Bergarbeiterdichters Kämpchen für uns lebendig. „Kohlengräberland" ist eines der wenigen Beispiele aus der letzten Zeit für eine gelungene Sammlung von Arbeiterliedern geworden. — Vertrieb über Stockfischschallplatten, Sanddornweg 13b, 3300 Braunschweig.

Bücher + Platten
Geschenktips

Heinz Willmann, Geschichte der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung. Die AIZ war mehr als eine Chronik der Jahre 1921 - 1938. Eng mit der kommunistischen Bewegung verbunden, diente sie der proletarischen Solidarität, förderte sie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. 1933 in Berlin verboten, wurde sie in Prag zu einer Tribüne der Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Leinen. Großformat. 360 Seiten. 29.50 Mark. Dietz-Verlag.

Bildbände aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

Gjirokastra — Museumsstadt. Bildband über die albanische Stadt Gjirokastra. In deutscher Sprache, mit einleitendem Text. Gebunden. Format 27 x 25 cm. 176 Abbildungen. 18 Mark.

Gju me gju me popullin (Auf du und Du mit dem Volk). Bildband über das Leben Enver Hoxhas. In albanischer Sprache. Gebunden. Format 35 x 27 cm. 216 Abbildungen, schwarzweiß und in Farbe. 18 Mark.

Albanien Figurative Arts/Painting (Albanische Malerei). In englischer Sprache. Gebunden. Format 27 x 25 cm. 217 Reproduktionen. 18 Mark.
Die Bildbände sind zu beziehen über: Verlag Roter Morgen, Dortmund, Postfach 30 05 26



Sonderangebote zum Stalin-Jahr

Aus Anlaß des 100. Geburtstags J.W. Stalins liefert der Verlag Roter Morgen bis einschließlich 31. Dezember 1979 folgende Buchausgaben zu einem Sonderpreis:

J.W. Stalin: Gesammelte Werke in 16 Bänden — 99 Mark (statt 150 Mark). Die Bände können auch einzeln bezogen werden. Band 1 bis 15 — 9 Mark (statt 13 Mark); Band 16 (Geschichte der KPdSU) — 5 Mark (statt 9 Mark).

+++

Michael Sayers, Albert E. Kahn: Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion. 9 Mark (statt 13,50 Mark) Das Buch berichtet spannend über die Zerschlagung der konterrevolutionären Machenschaften des Blocks der Rechten und Trotzkisten. Es liefert wertvolles und authentisches Anschauungsmaterial über die Entwicklung in der Stalinschen Sowjetunion. — 464 Seiten.



Neuerscheinung



Band 1: 493 Seiten. 12.50 Mark
Band 2: 513 Seiten. 12.50 Mark

J.W. Stalin: Ausgewählte Werke in 2 Bänden. Die erste umfassende Auswahl von Stalins Werk, die seine grundlegenden und wichtigsten Schriften aus der Zeit von 1901 bis 1952 beinhaltet.

ROM/TURIN.— Der Streik, der vor einiger Zeit gegen die Entlassung von 61 „des Terrorismus verdächtigen" Fiatarbeitern in Turin stattfand, hat zu einer Klärung der Position verschiedener politischer Kräfte in Italien geführt. Während der Großkapitalist Agnelli, Fiatbesitzer, in Interviews mit der ausländischen Presse offen sagt, daß ihm die gegenwärtige Regierungsform zu langsam und uneffektiv arbeite, daß das Parlament störe, sind verschiedene Führer der revisionistischen Kommunistischen Partei Italiens mit einem neuen Programm aufgetreten: Lohnstopp, Streikverbot und andere Forderungen erhoben sie, um zu verhindern, daß die Arbeiter den italienischen Staat kaputt machen würden, wie sie behaupten.

Vor dem Hintergrund einer schweren Krise in Italien

Offene Angriffe der KPI auf die Arbeiterbewegung

FIAT-Boß propagiert den Faschismus

Giorgio Amendola, Mitglied des Zentralkomitees der KPI veröffentlichte im Parteiorgan *Rinascità* einen Aufsatz, in dem er eine grundlegende Wendung in der Politik der Partei forderte. Es sei unrealistisch, so Amendola, auf der einen Seite immer die Lohnforderungen der Arbeiter zu unterstützen, die ja doch nur die Inflation weiter anheizen würden, und auf der anderen Seite für eine Sanierung des Staates einzutreten. Man müsse die Arbeiter auffordern, Opfer zu bringen.

Die Politik der KPI bei den Arbeitern unrealistische Erwartungen entstanden seien, die dann zu solch unkontrollierten Aktionen führen würden. Deshalb sei eine Änderung nötig, die auch die Zustimmung zu einem Streikverbot beinhalten müsse, um glaubwürdig zu werden.

Diese offen arbeiterfeindlichen Tiraden eines revisionistischen Oberfunktionärs hatten nun in der KPI ein bezeichnendes Echo. Auf der Plenartagung des Zentralkomitees

Streikende Fiat-Arbeiter in Turin

Unter anderem stellte Amendola auch die Forderung, den vierteljährlichen Inflationsausgleich bei den Löhnen abzuschaffen und eine längere Frist für die Angleichung der Löhne an die Preisentwicklung abzuwarten. Der vierteljährliche Inflationsausgleich war erst im Oktober von den Kollegen des öffentlichen Dienstes durch eine große Streikbewegung erkämpft worden.

Anlaß für Amendolas Vorstoß war aber der Turiner Fiatstreik, bei dem die Führer der revisionistischen Gewerkschaften nicht in der Lage gewesen waren, ihren Beschluß, „für die Entlassenen nicht zu streiken, durchzusetzen. Die Mitglieder der Gewerkschaft waren entgegen dem Willen ihrer Führer in den Streik für ihre entlassenen Kollegen getreten. Dies zeige, so Amendola, daß durch

sprachen Parteichef Enrico Berlinguer und der Gewerkschaftsführer Lucio Lama gegen Amendola. Aber wie! Berlinguer betonte, die Partei könne die Arbeiter nur dann zum Verzicht auf Lohnausgleich und anderes bewegen, wenn sie ihnen einen politischen Ausweg zeigen könne, wenn die Arbeiter wüßten, wofür sie diese Opfer brächten. Lama seinerseits versicherte, die Gewerkschaftsführung täte bereits alles mögliche, um unvernünftige Streiks zu verhindern.

Es wird offensichtlich, daß die Schwierigkeiten der Berlinguerleute mit ihren eigenen Mitgliedern immer größer werden. Auf dem Hintergrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in Italien, einem wachsenden Heer von Arbeitslosen und einer immer schnelleren Inflation, fordern die italienischen Werktätigen die Aktion gegen die Ausbeutung. Sie schreiten zum Kampf, wie bei Fiat auch in anderen Betrieben, ohne auf die KPI und ihre Gewerkschaftsführer zu achten, die sie — immer offener — davon abhalten wollen.

So fand auch erst Anfang November ein weiterer Generalstreik in Italien statt, der zweite innerhalb weniger Wochen. Diese Entwicklung ist es, die die Arbeiterfeinde vom Schlage der Amendola, Berlinguer und Konsorten dazu zwingt, sich immer offener nicht nur gegen die politischen, sondern auch gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter zu stellen.

Das verlangt auch die italienische Kapitalistenklasse von ihnen. In einem Interview des Fiatkapitalisten und Finanzmagnaten Agnelli mit dem *Stern* vor einigen Wochen sagte er nicht nur, daß er gegen ein Parlament und für effektivere Regierungsformen sei, sondern betonte auch, daß er Berlinguer für einen fähigen Mann halte.

Im heutigen Italien, das von einer tiefen Krise geschüttelt wird, sind die Revisionisten bereit, alles zu tun, was von ihnen verlangt wird, um den langersehnten Regierungseintritt bewilligt zu bekommen.

Was sie allerdings nicht schaffen, ist, den wirtschaftlichen Kampf der Werktätigen zu bremsen. Allein bis Mitte Dezember sind bereits jetzt wieder Streiks von über einer Million Werktätigen angekündigt.

Weil die Gefahr besteht, daß sich die KPI mit einer solch offenen Taktik, wie von Amendola vorgeschlagen, sehr schnell isolieren würde, was Berlinguer betont hat, haben es die Mitglieder des Zentralkomitees vorerst auch vorgezogen, Amendolas Vorschläge abzulehnen, eine andere Taktik, die demselben Ziel dient, aber nicht so auffällig ist, anzuwenden.



Am 25. November starb der Genosse Diógenes Arruda, einer der Führer der Kommunistischen Partei Brasiliens nach einem Herzanfall. Genosse Arruda war 65 Jahre alt. Erst unmittelbar vor seinem Tod war er nach Jahren des Exils in Portugal in seine brasilianische Heimat zurückgekehrt.

Diógenes Arruda (KP Brasilien) gestorben

Vierzig Jahre Kampf für den Kommunismus

Diógenes Arruda ist im Bundesstaat Pernambuco geboren worden. Im Jahre 1934 trat er in die Kommunistische Partei ein. Er leistete einen hervorragenden Beitrag bei der Organisierung der Arbeiter im Bundesstaat Sao Paulo, dem industriellen Herzen Brasiliens. 1943 wurde er ins Zentralkomitee gewählt, und er war in den fünfziger Jahren neben Prestes, Mauricio Grabois, Pedro Pomar und Joao Amazonas einer der fünf Sekretäre des ZK.

Als die revisionistische Gruppe um Prestes der Partei die von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU entwickelte Linie des Verrats an der Revolution aufzwingen wollte, gehörte der Genosse Arruda zu den entschlossensten Verteidigern des Marxismus-Leninismus. Sein konsequenter Kampf für die revolutionäre Linie der Partei trug ihm bei den Revisionisten den Namen „brasilianischer Stalin" ein. Ein Ergebnis seines Kampfes und des Kampfes der anderen Marxisten-Leninisten in der Partei war die vollständige Trennung von den revisionistischen Elementen und die Reorganisierung der KP Brasiliens im Jahr 1962.

Diógenes Arruda war eine bei den Kommunisten in der ganzen Welt geschätzte Persönlichkeit. Er vertrat seine Partei oft bei Konsultationen mit ausländischen Bruderparteien. So weilte er zum Beispiel als Gast auf dem XIX. Parteitag der KPdSU und auf dem VII. Parteitag der PAA. Als unsere Partei Anfang des Jahres den erfolgreichen Abschluß ihres IV. Parteitags und ihr zehnjähriges Bestehen feierte, war es der Genosse Arruda, der die Glückwünsche der brasilianischen Kommunisten überbrachte.

Bezeichnend für das kämpferische Leben von Diógenes Arruda ist die Tatsache, daß er sechsmal von der brasilianischen Reaktion eingekerkert wurde. Beim letzten Mal haben ihn die Schergen des faschistischen Regimes grausam gefoltert. Aber weder Haft noch Folter konnten ihn brechen. Als jetzt das brasilianische Volk vom Regime die Amnestie erzwang, kehrte Diógenes Arruda sofort in seine Heimat zurück, um an der Seite von Joao Amazonas und der anderen Genossen den revolutionären Kampf fortzusetzen. Sein Tod ist ein großer Verlust für die brasilianische Bruderpartei und für das ganze brasilianische Volk.

Beileidstelegramm der KPD/ML

Anfang des Jahres bei der Veranstaltung aus Anlaß des IV. Parteitages und des 10. Gründungstages unserer Partei in Essen war er noch unter uns. Jetzt erhalten wir die erschütternde Nachricht, daß der Genosse Arruda, einer der hervorragendsten Führer der KP Brasiliens, in Sao Paulo gestorben ist.

Zu diesem großen Verlust, der Eure Partei getroffen hat, übermitteln wir Euch im Namen des ZK der KPD/ML und aller deutschen Kommunisten unser tiefstes Mitgefühl.

Wir kannten den Genossen Arruda als treuen Marxisten-Leninisten, der sein ganzes Leben der Sache der Befreiung des brasilianischen Volkes, der Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus gewidmet hatte. Sein Tod ist ein Verlust auch für uns. Seine reiche Erfahrung, die zurückgeht bis in die Zeit der Kommunistischen Internationale unter der Führung Stalins, war es stets bemüht, in den Dienst der heutigen marxistisch-leninistischen Weltbewegung zu stellen. Unermüdlich war er um die Herstellung ihrer Einheit bemüht.

Wir sind sicher, daß sein Beispiel Eure Partei stets anspornen wird, um die Fahne der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus immer höher zu heben.

Wissenschaftliche Tagung in Tirana

Über Probleme des sozialistischen Aufbaus

TIRANA.— In der Vorwoche der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Befreiung vom Joch der in- und ausländischen Unterdrücker fand in Tirana eine wissenschaftliche Konferenz über Probleme des sozialistischen Aufbaus statt. Sie war von der Akademie der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Institut für marxistisch-leninistische Studien beim Zentralkomitee der PAA, der Universität in Tirana und der Parteihochschule „W.I. Lenin" organisiert worden.

Teilnehmer der wissenschaftlichen Konferenz waren Kader der PAA, der Volksmacht und der Wirtschaft aus der Hauptstadt und den Distrikten, Schüler der sozialökonomischen Wissenschaft, Werktätige aus den Produktionsstätten, aus dem Kunst- und Kulturbereich und Angehörige des Militärs.

Weiterhin nahmen auch Delegationen von marxistisch-leninistischen Bruderparteien und andere ausländische Freunde an der wissenschaftlichen Konferenz teil, darunter auch der Genosse Ernst Aust, Vorsitzender des Zentralkomitees der KPD/ML.

Bevor der Präsident der Akademie der Wissenschaft die Tagung für eröffnet erklärte, zogen unter dem begeisternden Jubel sämtlicher Konferenzteilnehmer die Partei- und Staatsführer mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze in den Konferenzsaal ein.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Konferenz beschäftigten sich verschiedene Arbeitsgruppen mit den wichtigsten Aspekten des sozialistischen Aufbaus, zum Beispiel Wirtschaftsfragen, Probleme des Erziehungswesen etc. Die Ergebnisse wurden dann jeweils dem Plenum der Konferenzteilnehmer vorgetragen. **Allen Arbeitsgruppen gemeinsam war die Tatsache, daß die Probleme des sozialistischen Aufbaus auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und im Lichte der reichhaltigen Erfahrungen der PAA an allen Fronten des Klassenkampfes diskutiert und erörtert wurden.**

Immer wieder wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ein Sozialismus ohne Revolution, ohne die Diktatur des Proletariats und ohne den Marxismus-Leninismus notwendig unter das Joch der Bourgeoisie führen muß.

Die Propagandisten aller möglichen Arten von Sozialismus, eines pluralistischen, demokratischen, nationalen oder regionalen, eines „Selbstverwaltungssozialismus" oder eines „real existierenden Sozialismus", hinter dem sich in Wirklichkeit die Wiederherstellung des Kapitalismus verbirgt, wurden als Verräter an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse verurteilt.

Die Konferenz bewies, daß der Aufbau des Sozialismus in unserer Zeit keine Utopie, sondern reale Möglichkeit und Notwendigkeit ist. Sie bewies, daß selbst unter den Bedingungen der brutalen imperialistisch-revisionistischen Blockade der Aufbau des Sozialismus in Albanien erfolgreich vorangetrieben wird, weil die albanische Arbeiterklasse eine gestählte, unerschütterliche und prinzipienfeste Partei an ihrer Spitze hat.

DORTMUND.— Mitte November hatte die Redaktion des *Roten Morgen* Gelegenheit, mit einem Genossen des Zentralkomitees der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (AO) zu sprechen. Daraus entstand das folgende Interview. Unsere Fragen an den Genossen dienten vor allem dazu, Informationen über die Arbeit seiner Organisation für unsere Leser zu beschaffen, damit sie sich ein Bild über die Entwicklung des Klassenkampfes in der Türkei machen können, und die Erfahrungen der Genossen aus der Türkei kennenlernen. Wie auch schon bei dem Interview mit den mexikanischen Genossen, das wir vor einiger Zeit im *Roten Morgen* veröffentlichten, geht es dabei auch nicht zuletzt darum, zu sehen, wie die Bruderparteien in anderen Ländern Aufgaben der Massenarbeit und Einheitsfrontpolitik anpacken, gerade diese Erfahrungen für unsere Partei zugänglich zu machen.

Interview mit einem Mitglied des ZK der Revolutionären KP der Türkei (AO)

Auch das Kriegsrecht kann den Kampf nicht ersticken



Streikversammlung in einem Betrieb in Adana

RM: Vor einigen Wochen waren bei Euch in der Türkei Wahlen, die mit einem Sieg der Partei Demirels über die Partei Ecevits endeten. Hat dieser Wahlsieg der Rechten wirklich die Bedeutung — wie in der Presse behauptet wurde —, daß jetzt mehr Menschen in der Türkei die offen reaktionären Positionen Demirels unterstützen?

Antwort: Nein. Um dieses Wahlergebnis zu verstehen, muß man die Situation in der Türkei kennen. Diese Wahlen waren dadurch gekennzeichnet, daß die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorhergehenden Wahl stark gesunken ist. Die Demirelpartei hat nicht mehr Stimmen bekommen, lediglich das prozentuale Verhältnis zu den für die CHP Ecevits abgegebenen Stimmen hat sich verändert. Das liegt daran, daß viele Menschen, die letztes Mal noch die CHP gewählt haben, bei dieser Wahl zuhause geblieben sind.

Das Regime war genötigt, zur Verschönerung des Bildes die Zahlen über die sehr geringe Wahlbeteiligung sogar im Nachhinein noch zu manipulieren. So wurde nach der Wahl die Zahl der überhaupt Wahlberechtigten plötzlich drastisch geringer angegeben, um eine größere Beteiligung vorweisen zu können. Wir hatten ja zum Boykott dieser Wahlen unter den Bedingungen des Kriegsrechts aufgerufen, wobei wir diese Taktik aber nicht immer anwenden. An den letzten Wahlen, vor dem Kriegsrecht, haben wir uns beteiligt.

Und es hat sich jetzt gezeigt, daß viele Menschen unserer Meinung waren, die nicht zur Wahl gingen.

Aufschwung des Kampfes nach dem 1. Mai

RM: Wie wirkt sich denn das Kriegsrecht auf die Kämpfe der Werktätigen aus?

Antwort: Nun, es ist ja so, daß das Kriegsrecht verhängt wurde nach dem faschistischen Massaker von Maras im Dezember letzten Jahres, über das Ihr in Eurer Zeitung ja auch berichtet habt. In der Zeit danach war es zunächst tatsächlich so, daß das Kriegsrecht sich in gewisser Weise lähmend auf die Kämpfe auswirkte, denn der Terror war sehr groß.

Deshalb sah unsere Organisation ihre Aufgabe darin, hier Signale zu setzen, zu zeigen, daß es möglich ist, sich zu wehren, möglich ist, zu kämpfen und Erfolge zu erringen, sei es mit oder ohne Kriegsrecht. Das Kriegsrecht wurde übrigens inzwischen auf neunzehn Provinzen ausgedehnt. Einen wichtigen Einschnitt für die Entwicklung der Kämpfe in unserem Land bildete der diesjährige 1. Mai. Natürlich waren dort, wo das Kriegsrecht herrscht, jegliche Maiaktionen verboten.

Wir haben in zahlreichen Städten, die nicht unter Kriegsrecht stehen, gemeinsam mit einer anderen Organisation, einer früheren Massenorganisation der revisionistischen TKP, die sich allmählich von dieser Partei entfernt, Demonstrationen organisiert. Daran nahmen 80 000 Menschen teil, davon 45 000, die wir mobilisiert hatten. Die revisionistische TKP organisierte in Izmir eine nationale Demonstration mit nur 19 000 Teilnehmern, unsere regionale Demonstration hatte 10 000 Teilnehmer. Soviel zur Stärke des Einflusses.

Am bedeutendsten aber waren die acht Demonstrationen, die wir trotz Verbot in den Kriegsrechtsprovinzen durchführten, an denen jeweils 1 - 3 000 Menschen teilnahmen, die wir alleine organisiert hatten.

Nur in Istanbul verhinderten 150 000 Soldaten die Durchführung irgendwelcher Aktionen.

Aber dort, in den Gebieten, wo das Kriegsrecht herrscht, und wo demonstriert wurde, hatten diese Demonstrationen ganz gewaltige Auswirkungen.

Denn die werktätige Bevölkerung sah jetzt, daß man durchaus aktiv sein kann, daß man kämpfen kann, und griff dieses Beispiel begeistert auf.

In Adana zum Beispiel, einer Millionenstadt, die das Zentrum der Textilindustrie ist, war es nach der Maidemonstration wesentlich leichter, Streikkämpfe zu organisieren. Seit dem 1. Mai fanden dort über 30 Streiks statt, die stets auch von politischen Forderungen gegen das Kriegsrecht begleitet waren. Dabei sind diese Streiks selbstverständlich vollständig illegal, und die Armee rückt in bestreikte Betriebe ein. In einem Werk mit einer Belegschaft von 6 000 Arbeitern wurden 850 Kollegen auf die Polizeistation geschleppt und 78 verhaftet. Aber es gab ebenfalls bereits zahlreiche Streiks gegen solche politischen Entlassungen, die oft erfolgreich waren.

RM: Nun wäre es für die Leser des *Roten Morgen* sicherlich interessant, einmal zu erfahren, wie solche Aktionen bei Euch durchgeführt werden, wie zum Beispiel eine solche illegale Demonstration organisiert und vorbereitet wird.

Antwort: Nun, das ist natürlich ganz unterschiedlich, je nach den örtlichen Bedingungen. Aber man kann doch einiges sagen. In Istanbul bereiteten wir eine Demonstration vor, mit Flugblättern, die den Aufruf, die Begründung und die Absicht einer Demonstration beinhalteten, aber nicht Termin und Ort der Demonstration. Unsere Genossen mobilisierten dann über Organisationen und Verbindungen in Stadtteilen und Betrieben.

Das mußte alles sehr schnell gehen. In Ankara haben wir in einem Stadtteil eine Demonstration mit 3 000 Teilnehmern organisiert. Wir riegelten den Stadtteil ab, indem wir auf die Zufahrten Feuer legten. Dazu benutzten wir ein Gemisch von Sand, Sägemehl und Benzin. Das brennt lange und macht ein Durch- oder Umgehen sehr schwierig. So hatten wir es nur noch mit der Polizei des betreffenden Stadtteils zu tun, die während des Demonstrationszuges selbst keinen Angriff wagte. Erst bei der Auflösung wurden wir angegriffen, und es gab zwei Tote: einen Genossen und einen Polizisten.

Was an dem Aufschwung der Kämpfe seit den Maidemonstrationen noch wichtig ist: Sie richten sich jetzt auch gegen die Armee. Früher gab es wohl Kämpfe gegen die Polizei, aber die Armee hatte, nach dem Krieg gegen Griechenland damals und auch durch die Propaganda unter anderem der Revisionisten, die sie eine Volksarmee nennen, gewisse Sympathien bei den Massen. Das hat sich jetzt geändert.



Demonstration am 1. Mai in der westtürkischen Stadt Bursa

Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit

RM: Wie sieht Eure Organisationsarbeit aus, welche Linie verfolgt Ihr bei der Politik in Massenorganisationen, den Gewerkschaften zum Beispiel?

Antwort: Wir sind daran gegangen, eine revolutionäre Organisierung der Gewerkschaftsbewegung zu beginnen. Bei uns in der Türkei gibt es ungefähr 900 Gewerkschaften, von denen sich ungefähr 60 zu zwei größeren nationalen Gewerkschaftsbünden zusammengeschlossen haben. Die hier auch bekannte Disk hat beispielsweise 300 000 Mitglieder, vielleicht etwas mehr, der andere Bund hat etwa eine halbe Million Mitglieder. Das ist also nicht so sehr viel, und die Verhältnisse sind ziemlich anders als bei Euch.

Es gibt die gesetzliche Regelung, wonach die größte Gewerkschaft im Betrieb den Tarifvertrag mit dem Kapitalisten abschließt. Das heißt, Mitglied werden in der Regel alle Arbeiter in einem Betrieb dann auch Mitglieder dieser Gewerkschaft.

Unsere Genossen, die die Gruppen der revolutionären Gewerkschaftsopposition um unsere Zellen herum aufbauen, arbeiten deshalb in allen bestehenden Gewerkschaften je nach der Lage im Betrieb. Die revolutionären Gewerkschafter kämpfen in diesen Gewerkschaften, egal welchen Typs, um Einfluß und um Positionen.

Wir haben dabei in letzter Zeit bei gewerkschaftlichen Wahlen eine ganze Reihe von Erfolgen erzielt. Aber auch mit der revolutionären Gewerkschaftsarbeit selbst, die von vornherein illegal war, haben wir einiges erreicht, so den Abschluß zweier Tarifverträge im Textilbereich, trotz der Tatsache, daß unsere Organisationen verboten sind. In einem großen Stahlbetrieb, mit 16 000 Mann Belegschaft, folgten vor kurzem alle dort Beschäftigten dem Aufruf revolutionärer Gewerkschafter zum Kantinenboykott, obwohl die Führer der drei anderen Gewerkschaften, die faschistische ist die größte von ihnen, dagegen waren.

Kampfaktionen der Bauern

RM: Und wie steht es mit Eurer Arbeit auf dem Lande?

Antwort: Unsere Hauptarbeit galt und gilt selbstverständlich dem Proletariat, der fortgeschrittensten Klasse. Daneben ist gerade in unserem Land auch die Arbeit auf dem Lande besonders wichtig. Dort sind wir oft von allen Parteien, die sich links nennen, die einzige, die mit den Bauern kämpft.

Dabei ist es so, daß unser Einfluß bei den ärmsten Schichten, den ganz armen Bauern und Landarbeitern, noch gering ist.

Die Großgrundbesitzer haben eine sehr große Macht über sie. Ihnen gehören selbst die Häuser, in denen diese Bauern und Landarbeiter wohnen, und wenn sich einer politisch betätigt, der Großgrundbesitzer erfährt das, verliert er Arbeit und Wohnung. Außerdem haben die Großgrundbesitzer richtige Brigaden von bewaffneten Leuten, die auf ihr Kommando die Menschen terrorisieren.

Es ist schwer, da zu arbeiten, wir haben jetzt erst, in letzter Zeit, da die ersten Erfolge gehabt.

Unter den kleinen Bauern haben wir dort einen gewissen Einfluß, wo wir versuchen, eine Art Produzentenunion zu organisieren, die diesen kleinen Bauern hilft, ihre Lage zu verbessern. Denn sie sind sehr verschuldet, müssen für Kredite bis zu 100 Prozent Zinsen an die Händler in den Dörfern bezahlen. An die Händler deshalb, weil diese von den Banken vorgeschickt werden, die selbst keine Kredite geben. Das machen die Kapitalisten, um in diesen Gegenden eine soziale Basis zu haben, sich diese Händler zu verpflichten.

Wir haben schon Demonstrationen organisiert von Walnuß-, Tabak- und Baumwollproduzenten mit solchen Forderungen wie der Festsetzung der Abgabepreise durch die Bauern selbst, nach genügend billigen Krediten usw.

RM: Kannst Du vielleicht zum Abschluß noch ganz kurz Stellung nehmen zur kurdischen Frage?

Antwort: Nun, es ist so: Laut Verfassung gibt es in der Türkei nur ein Volk, das türkische. Das aber ist natürlich eine chauvinistische Lüge, die dazu dient, die Kurden zu unterdrücken, ihnen alle Rechte, selbst die kulturellen, zu rauben.

Die verschiedenen kurdischen Parteien wiederum, die meist aus der UdSSR kommandiert werden, nutzen dies aus, um die Kurden gegen alle Türken aufzuhetzen, diese Parteien sind fast alle von den kurdischen Großgrundbesitzern beherrscht.

Unsere Organisation ist die einzige, die die Völker der Türkei gemeinsam organisiert. Wir sagen ganz klar, daß die Kurden das Recht auf volle Selbstbestimmung haben. Das kann nach dem Sieg gegen die Ausbeuter innerhalb der Türkei verwirklicht werden, aber auch, wenn sie das wollen, in einem eigenen Staat. Das ist unsere Position. Die revisionistische TKP zum Beispiel leugnet das Selbstbestimmungsrecht der Kurden, was wiederum von den kurdischen Reaktionären zur Hetze auch gegen die Kommunisten verwandt wird.

Die große Mehrzahl unserer Genossen im kurdischen Gebiet sind selbst Kurden. Dies und die klare Position unserer Organisation zur Kurdischen Frage hat dazu geführt, daß wir dort einen bestimmten Einfluß errungen haben, der den Herren einigen Kummer bereitet.

Deshalb haben sie dort auch die Terrorgruppe „Kurdische Nationalarmee“ geschaffen, die speziell gegen uns kämpft. Sie operiert vor allem in jenen Gegenden, wo der Feudalismus allmählich abstirbt und unser Einfluß entsprechend größer ist. Vor einiger Zeit haben sie unsere Genossen überfallen und vier von ihnen ermordet. Aber auch sechs der Angreifer wurden getötet, das hat sie etwas vorsichtiger gemacht.

Man sieht, die Bedingungen dort sind schwierig und kompliziert, komplizierter, als ich sie hier in der Kürze darstellen kann. Aber ihr seht auch, daß wir uns bemühen zu kämpfen. Das haben wir getan und werden wir weiter tun.

RM: Für diesen Kampf wünschen wir Euch alles gute und viel Erfolg, Genossen.

Strauß, Tandler und die bayerische Asylaffäre



Der Herr im Himmel soll der Zeuge sein: wir haben nix net g'wußt von die Abschieberein! Wir haben nix gesehen und nix gehört —



dies sei hier öffentlich erklärt. Und sollten wir nicht d' Wahrheit sprechen, dann soll uns dieser Finger...



...brechen!

Ben Irrwisch

„Die Arbeit ist getan!" — Mit diesen Worten meldete am 12. September dieses Jahres der Kanzleramtsminister Wischnewski dem Bundeskanzler Schmidt Vollzug. Und anschließend ließ er sich feiern: als Krisenmanager, Überwinder eines Flugzeugentführers, Held von Köln.

Zu diesem Zeitpunkt trug Wischnewski bereits den Titel: „Held von Mogadischu". Denn Wischnewski hatte 1977 in der somalischen Hauptstadt den mörderischen Einsatz der GSG-9-Söldner gegen eine entführte Lufthansamaschine geleitet. Auch damals hatte Wischnewski nach Bonn gemeldet: „Die Arbeit ist getan!"

Am 12. September 1979 in Köln ging es um folgendes: Ein Mann namens Rafael Keppel hielt mittels einer Spielzeugpistole eine Lufthansamaschine nebst Besatzung und Passagieren in seiner Gewalt. Er verlangte die Veröffentlichung eines Katalogs mit sozialen und politischen Forderungen und die Gewährung eines Termins mit Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Wischnewski, Heldentum witternd, eilte nach Köln-Wahn, setzte sich mit seinem Arbeitsstab im Tower fest und nahm Funkkontakt mit dem Entführer auf. Das Duell der Giganten begann: dort im Flugzeug der Entführer mit seiner Spielzeugpistole, hier im Tower der Staatsminister, mit nichts bewaffnet als mit der großen, unablässig sprudelnden Parlamentarierklappe. Hin und wieder flogen die Funksprüche, die Zweikämpfer jagten einander durch alle Themen, von den Niederungen der Tagespolitik hinauf in die Höhen der Philosophie und zurück in die Tagespolitik. Sie kamen sich menschlich näher. Und schließlich siegte die Parlamentarierklappe über die Spielzeugpistole. Der Entführer gab auf. Wischnewski war — der Maulheld von Köln.

„Die Arbeit ist "getan", meldete er in der schlichten Art und dem bescheidenen Gestus großer deutscher Helden nach Bonn.

Gut zwei Monate sind vergangen. In der letzten Woche nun erschien ein Bericht von vier Kölner Kriminalbeamten über den Entführungsfall.

Der Bericht zeigt, daß Wischnewski doch viel mehr, als bisher bekannt, geleistet hat. Er brachte nicht nur den Flugzeugentführer zur Strecke, sondern auch die gesamte Einsatzbereitschaft der Kölner Polizei auf dem Flughafen Wahn. Ein wahrer Wahnfried, schaffte es Wischnewski im Tower binnen kurzem ein undurchdringliches „Führungschaos" und ein entsetzliches „Kompetenzwirrwarr" heraufzubeschwören. Die Kripoverantwortlichen wurden nicht verständigt, als die Passagiere freigelassen wurden; als sie sie vernehmen wollten, waren sie in der Menge verschwunden. Der schriftlich formulierte Erpressungskatalog des Entführers war nach dessen Festnahme tagelang nicht auffindbar. Die Spielzeugpistole — immerhin „Tatwaffe" — konnte nur zufällig sichergestellt werden; Wischnewskis Krisenstab hatte sie eingehend betrachtet und dann auf einem Tisch beiläufig abgelegt. Das Chaos war so groß, daß die Polizeipraktiker befürchteten, der Entführer könnte das Durcheinander ausnützen und sich der Festnahme entziehen.

„Die Arbeit ist getan", meldete Wischnewski, doch nur der Harmlosigkeit des Täters ist es zu verdanken, daß alles glimpflich endete. Was wäre geschehen, wenn der Staatsminister, hungrig nach Heldentaten und Heldenruhm, seine Landsknechte von der GSG-9 auf die Maschine gehetzt hätte nach Mogadischuer Vorbild? —



Kanzleramtsminister Wischnewski im Araber-Look

Landratsamt verbietet Strauß-Karikatur

„Warum hast du so ein großes Maul?"

Die Darstellung von Franz Josef Strauß als „böser Wolf" aus dem Märchen vom Rotkäppchen stellt nach Auffassung des Landratsamtes Ansbach eine Beleidigung dar. Die Behörde forderte deshalb den Besitzer des Gutes Wahrberg, Ulrich Bornebusch, auf, diese Karikatur am Giebel seiner Scheune wieder zu beseitigen. Die fünf mal fünf Meter große Wandzeitung zeigt den bayerischen Ministerpräsidenten im Bett liegend als den verkleideten Wolf, während das Rotkäppchen fragt: „Warum hast Du so ein großes Maul?" Das Landratsamt vertritt die Ansicht, daß diese Darstellung nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei. Die Darstellung als „Bösewicht Wolf", die Bezeichnung „großes Maul" sowie die zum Ausdruck gebrachte Meinung, Strauß täusche die Bevölkerung über seine wirklichen, nämlich bösen Absichten, verletzten die Ehre und beeinträchtigten die Würde und das Ansehen des Ministerpräsidenten. — Vielleicht hätte Herr Bornebusch Strauß als armes kleines Rotkäppchen darstellen sollen?

Infas-Umfrage über „Bild"

Der Informationswert tendiert gegen Null

Das überraschendste Ergebnis einer im Auftrag des Hamburger Senats erstellten vertraulichen Studie des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften in Bad Godesberg (Infas) über die Resonanz der Medien in Hamburg betraf die *Bild*-Zeitung.

Zwar hatten sich am Vortag der repräsentativen Umfrage 31 Prozent der Hamburger aus der *Bild*-Zeitung politisch informiert, aber am umfassendsten unterrichtet fühlten sich von dieser Zeitung nur 12 Prozent. Auf die Frage, aus welcher der Hamburger Informationsquellen sie sich am objektivsten unterrichtet fühlen, welcher sie am meisten glauben, blieben der *Bild*-Zeitung nur noch ganze drei Prozent.

Bei einzelnen Bevölkerungsschichten war diese Zahl sogar noch niedriger. Von den befragten Unter-24-Jährigen, den Freiberuflichen und Selbständigen, den gehobenen Angestellten und Beamten sowie den Facharbeitern glaubte keiner an eine objektive Berichterstattung durch die *Bild*-Zeitung. Null Prozent. — So dumm, wie vielleicht Springer und seine *Bild*-Macher meinen, ist auch der *Bild*-Leser nicht.



Samstag, 8. Dezember, 21.15Uhr, Hessen III
Die Jagd nach Josef Mengele. Auf den Spuren des KZ-Arztes. Dokumentation von Michael Beckham und John Ware. — Der frühere SS-Hauptsturmführer und KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele, soll später in Paraguay unter Staatschef General Stroessner als „Sonderberater der Polizei" gedient haben. Mengele soll der Polizei geholfen haben, jene paraguayanischen Indianer auszurotten, die auf mineralhaltigem Land lebten.

Samstag, 8. Dezember, 21.50 Uhr, West III
Gut Ton. Filmbericht über ein Bandonion-Orchester aus Duisburg-Hamborn. — Der Film von Klaus Helle und Florence Kraak gibt Einblick in die Arbeit dieses Orchesters, das 1924 von Bergarbeitern gegründet worden ist. Das Kamerateam begleitet das Bandonion-Orchester bei Proben und Auftritten im Ruhrgebiet.

Dienstag, 11. Dezember, 20.15 Uhr, West III
Schauplatz Kellers Hof. Vom Ende einer Landwirtschaft. — Der „Schauplatz" ist das Dorf Auel in der Südeifel. Dort berichtet der Bauer Eberhard Mies über seine betrübliche Zukunftsperspektive: Sein Hof ist ein „Auslaufbetrieb", was im Klartext bedeutet, daß in vielleicht zehn Jahren die Ställe leer und das Land verpachtet sein werden. Seine Söhne werden keine Bauern mehr.

Mittwoch, 12. Dezember, 22.05 Uhr, West III
Niemandsland. Deutscher Spielfilm aus dem Jahre 1931 mit Ernst Busch. Eine gute Gelegenheit, den proletarischen Volksschauspieler im Fernsehen zu sehen. Der Film, der den Rassismus und den Krieg anprangert, wurde 1933 von den Nazis verboten.

Freitag, 14. Dezember, 21.00 Uhr, Nord III
Die lange Nacht von Morochocha. Dokumentarfilm von Lutz Weber und Joachim Faulstich über Minenarbeiter in den peruanischen Anden.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet : Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.